

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II, Savickovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postparafasconto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 10.— Kč, vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, jährlich 192.— Kč. Für Deutschland 10.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die bairische Reaktion gegen das Reich.

Berlin, 2. September. (Bericht des „Sozialdemokrat“). Die reaktionäre Regierung von Bayern lehnt sich offen gegen die Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der Republik auf. Die Reichsregierung hatte zwei der schlimmsten Feindblätter, den „Miesbacher Anzeiger“ und den „Deutschvölkischen Beobachter“, die offen zum Morde gegen die Führer der Linken aufforderten, verboten. Die bairische Landesbehörde weigerte sich jedoch, dieses Verbot auszuführen und so erscheinen die beiden Blätter nicht nur ungehindert weiter, sondern sie verhöhnen noch offen die Regierung des Reiches. Die bairischen Arbeiter sind schon dabei, einen Selbstschutz zu schaffen, der die Verbreitung dieser nationalistischen Heftorgane verhindern soll. Darüber hinaus ist das Proletariat Bayerns entschlossen, den entscheidenden Kampf mit der bairischen Regierung aufzunehmen. In Nürnberg fand eine von 50.000 Teilnehmern besuchte Veranstaltung statt, die in einer Resolution folgende Forderungen gestellt hat: „Wenn nicht in kürzester Zeit auch in Bayern verfassungsmäßige Zustände eintreten und die Wiedergutmachung aller der unter dem zweijährigen Ausnahmezustand zustande gekommenen Ungerechtigkeiten, insbesondere die Freilassung der hinter Kerkermauern schmachtenden politischen Gefangenen durchgeführt wird, so soll die nordbairische arbeitende Bevölkerung zur Selbsthilfe schreiten. Die nordbairische arbeitende freisinnlich und sozialistisch gesinnte Bevölkerung ist nicht länger willens, eine Gemeinschaft mit der moralisch, sittlich und kulturell entarteten Gesellschaft, wie sie in München und Südbayern betrieblig gepflegt und unterstügt wird, aufrecht zu erhalten. Auf zur Rettung der Republik, zur Sicherung und Erhaltung des Sozialismus!“

Vorläufig haben die Vertreter der bairischen Regierung erklärt, daß sie sich einer von der Reichsregierung verfügten Aufhebung des seit zwei Jahren in Bayern herrschenden Ausnahmezustandes nicht fügen würden. Sie wollen sich lediglich in Verhandlungen über diese Frage einlassen. In einer Ausschussung des Reichstages kam es deswegen am Freitag zu erregten Auseinandersetzungen. Genosse Dittmann verlangte die Säuberung der Verwaltung von den reaktionären Elementen. Wenn die nordbairische Regierung nicht den Ausnahmezustand beseitigt, müsse eine Reichsregulativ gegen sie eingeleitet werden. Der Reichskanzler, der in der Debatte das Wort nahm, erklärte, daß die Reichsregierung unter allen Umständen die Republik schützen werde. Die Regierung habe sich in ihren Verhandlungen vorwiegend von außenpolitischen Gesichtspunkten leiten lassen und es sei ungeheuerlich, wie von den Rechtsparteien die Außenpolitik des Kabinetts sabotiert werde.

Für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Berlin, 2. September. Heute beschäftigte sich der sogenannte Ueberwachungsausschuss mit der Frage des Ausnahmezustandes in Bayern. Der bairische Gesandte Preger führte u. a. aus, der Reichsminister des Innern habe am 28. Juni erklärt, er würde es für unerträglich halten, wenn von reichsweigen gegen den Widerspruch großer Länder der Ausnahmezustand eingeführt oder aufgehoben würde. Er möchte wünschen, daß die Reichsregierung auch jetzt noch auf diesem Standpunkte steht und sich

nicht durch das Treiben gewissenloser Parteien verleiten läßt, die bairische Regierung in eine Lage zu versetzen, in der sie genötigt wäre, gegen ihre bessere Ueberzeugung in einer für Bayern sehr wichtigen Frage, sich einem parteipolitischen Nachdruck einer linksorientierten Reichsregierung zu fügen, oder es auf die berühmte Reichsresolution ankommen zu lassen. Es wäre der Gipfelpunkt der Torheit, den Versuch zu machen, die bairische Verordnung über den Ausnahmezustand gegen den Willen der bairischen Regierung aufzuheben. Der Reichskanzler sprach die Hoffnung aus, daß es auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen gelingen werde, mit der bairischen Regierung eine Einigung zu erzielen und sie zur Aufhebung des Belagerungszustandes zu veranlassen. Für die Mehrheitssozialisten sprach Abg. Braun, der sich dem Antrage Dittmann anschloß. Die bürgerlichen Parteien (die deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten) brachten folgenden gemeinsamen Gegenantrag ein: Die Reichsregierung wird ersucht, die Verhandlungen mit der bairischen Regierung über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern fortzusetzen und dem Reichstage baldigst Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Die Magyaren stellen Abzugsbedingungen.

Ein Bericht des deutschösterreichischen Bundeskanzlers.

Wien, 2. September. Bundeskanzler Schober berichtete im Nationalrat über die von der Regierung unternommenen Schritte und gab seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß die von der Regierung befolgte Haltung in den letzten Tagen bereits in jeder Beziehung Erfolg hatte (?). Ein großer Teil des Burgenlandes sei heute schon unter österreichischer Verwaltung und die Bevölkerung in diesem Landesteile beruhigt sich. Gegenwärtig stehen 2.500 Gendarmen im besetzten Gebiete.

Die Mitteilungen des Bundeskanzlers über die gestrige ungarische Note, worin eine strenge Unterjochung und Bestrafung der Schuldigen in Aussicht gestellt sowie die Mitwirkung der ungarischen Regierung an der Herstellung der Ordnung angeboten wird, werden von den Sozialdemokraten mit Heiterkeit und Zwischenrufen aufgenommen. Der Bundeskanzler gab sodann der Hoffnung Ausdruck, daß die Entschärfung auf ungarischer Seite anhalten und die Bereitwilligkeit, mit Ungarn nach vollzogener Uebergabe des Oesterreichs zugesprochenen Landes zu einem Einvernehmen zu gelangen, endlich auch in die Tat umgesetzt werden könne. Volk Parlament und Regierung seien nicht gewillt, wegen der gegen die Verträge verstoßenden Haltung der ungarischen Regierung das Leben österreichischer Soldaten oder Gendarmen zu gefährden, sondern verlangen nichts anderes als die Durchsetzung ihrer unerbauherlichen Rechte. Die österreichische Regierung werde im Vertrauen auf die bisherige Haltung der drei Großmächte nicht rasten, bis die so freibehaltene Unterjochung der Uebernahme des Burgenlandes mit Erfolg beendet sein werde.

Wien, 2. September. Nationalrat Schluß. An die Ausführung des Bundeskanzlers schloß sich eine Debatte. Der Redner der Sozialdemokraten Dr. Bauer wünscht nach Durchführung der Uebergabe des Burgenlandes Volksabstimmung dortselbst. Die Sozialdemokraten wünschen nicht den Eintritt Oesterreichs in die kleine Entente, haben aber immer der Tatsache Rechnung getragen, daß trotz aller sonstigen Verschiedenheiten und Gegensätze es eine Reihe von Fragen gibt, in denen eine wirkliche Interessengemeinschaft zwischen Oesterreich, der Tsche-

choslowakei und Jugoslawien besteht. Diese Interessengemeinschaft ist gerade gegenüber der gegenwärtigen monarchistischen Reaktion in Ungarn tief begründet. Wenn man den Mut gehabt hätte, dieser Tatsache Rechnung zu tragen wäre eine Interessengemeinschaft daraus hervorgegangen, die sicher so wirksam gewesen wäre, daß Ungarn das Abenteuer der letzten Tage überhaupt nicht gewagt hätte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Forderungen an Deutschösterreich, die nicht im Friedensvertrag enthalten sind.

Budapest, 2. September. Wie „Besti Hirlap“ von kompetenter Stelle erfährt, hat sich die ungarische Regierung in der weihnachtlichen Frage mit einer Note an die Entente gewendet und gebeten, sie möge Garantien dafür schaffen, daß Oesterreich seine Ungarn gegenüber bestehende Verpflichtungen erfüllen werde. Die ungarische Regierung setzt in der Note detailliert auseinander, daß es sich um solche Forderungen handle, aber eben deshalb sowie mit Rücksicht auf die finanzielle Lage Oesterreichs bittet die ungarische Regierung, ihre Ansprüche auf eine durch das internationale Recht gesicherte Weise zur Geltung bringen zu dürfen. Die ungarische Regierung anerkenne nur eine solche Lösung, welche die Zahlungsbereitschaft Oesterreichs feststellt und zu deren Erfüllung Garantien bietet.

Ein österreichischer „Generalkassibericht“.

Mattersdorf, 2. September. Vom Nordabschnitte keinerlei neue Nachrichten. Die Lage ist unverändert. Österreichischer Abschnitt: Gendarmeriechefdirektor Dr. Bauer fährt heute im Auto nach Hartberg, wo er mit den Führern der Gruppen Fürstfeld, Hartberg und Jebring sowie Ententeeoffizieren zu einer gemeinsamen Besprechung über den Vornarsch zusammentreffen wird.

Rußland.

Die Hilfsaktion Hoovers und des Obersten Rates.

Berlin, 2. September. Die Blätter melden aus Paris: Die vom Obersten Rate eingesezte Hilfskommission kam gestern zu dem Beschluß, sofort eine Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden und an die Moskauer Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dieser Kommission den freien Eintritt nach Rußland zu gestatten. Der amerikanische Vertreter Brown erklärte aber bereits, daß das amerikanische Hilfswerk sich durch die Beschlässe der Pariser Kommission nicht gebunden erwachte. Während die europäischen Delegierten das Problem nur theoretisch lösten, womit den Sterbenden in Rußland nicht gedient sei, wird die Hoovermission ihr eigenes Programm durchzuführen. Sie will nicht theoretische, sondern praktische Hilfe bringen.

Tschechoslowakische Delegation nach Rußland.

Prag, 2. September. Sonntag früh begibt sich die tschechoslowakische Handelsdelegation mit dem Warschauer Schnellzug nach Moskau. Führer der Delegation ist Ingenieur J. C. Srom, Vizesekretär des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Die Delegation wird vorläufig ihren Sitz in Moskau haben, wo ihre Tätigkeit vom Herrn J. Girta geleitet werden wird. Ein Teil der Mitarbeiter wird nach Charkow, dem Sitz der ukrainischen Sowjetregierung, abgehen. Die Delegation, welche außer wirtschaftlich-informativischer Tätigkeit den Boden für die Hilfsaktion vorbereiten und die Reparationsarbeit, die vom Ministerium für Nationalverteidigung geleitet wird, beschleunigen soll, nimmt fünf Waggons Lebensmittel und Gegenstände des notwendigsten Bedarfs mit sich, durch die sowohl die Versorgung der Delegation als auch die nötige Hilfe für die zurückkehrenden tschechoslowakischen Staatsangehörigen gewährleistet werden soll.

Dämmerung?

Beginnt sich das tschechische Volk in seine Rolle zu schälen, die ihm das Diktat von Versailles auferlegt hat: einen Staat nicht allein zertrümmern zu helfen, sondern an seiner Stelle mit der Werkkraft praktischer Vernunft einen neuen aufzubauen? Volkzieht sich im tschechischen Volke die große Wandlung aus der „staatsbildenden“ Nation zu einem Staatsvolke, dessen Wirken auch über sein unmittelbares nationalistisches Interesse hinausgreift? Noch sind es Einzelne erst, Pioniere für eine Verständigung der tschechischen Nation mit den Völkern, die das Diktat von Versailles in diesen Staat hineingezwungen hat, wenige Intellektuelle, die ungebunden durch Parteidisziplin, für eine redliche nationale Verständigung plädieren. Noch hat sich keine tschechische Partei und keine ihrer zahlreichen Zeitungen zu einer wahrhaft demokratischen Betrachtung des Nationalitätenproblems durchgerungen. Die sich Demokraten nennen, sind im Nationalismus befangen, was bei den Nationaldemokraten selbstverständlich, bei den Sozialdemokraten ein Verleugnen der eigenen Vergangenheit ist; die Kommunisten aber, deren russischen Parteifreunde den ganzen Orient mit der Idee der Selbstbestimmung erfüllt, weichen diesem Problem hierzulande gar ängstlich aus. Und so sind es bedauerlicherweise bis jetzt nur tschechische Außenleiter, die sich ungescheut der nationalen Frage in diesem Staate nähern.

Es gehört heute Mut dazu, in einer Prager tschechischen Zeitung die Fehler der nationalen Politik der Tschechen so unumwunden aufzuzeigen, wie es der Journalist Gustav Stern im Leitartikel der gestrigen „Tribuna“ getan hat. Es gehört Mut dazu, zu sagen, die Sozialisten hätten nicht nach Reichenberg reisen dürfen und zu erklären, daß die Radikalisierung der deutschen Spießbürger nur die Tschechen selbst verschuldet haben, es gehört bewundernswürdiger Mut dazu, das sinkende Vertrauen der Deutschen zum tschechischen Staate aus seiner Stellung zur Kriegsanleihefrage zu begründen und zu rechtfertigen. Herr Stern, der einige Wochen lang unter der deutschen Bevölkerung dieses Staates lebend und hörend gelebt hat, weiß auch von ihrem guten Willen zur gesellschaftlichen Arbeit zu berichten. Und trotzdem findet er zu seinem Bedauern, daß die Deutschen den Staat nicht auch als ihren eigenen betrachten, daß sie in ihm nur eine Heimat des tschechischen Volkes sehen. Wie bedauerlich, daß Herr Stern seine Betrachtung mit einem sensuationalistischen Einfall dort schließt, wo sich die mühsame Schlußfolgerung hätte anreihen müssen.

Und diese Schlußfolgerung hätte lauten sollen: Dreieinhalb Millionen Deutsche müssen auf Grund der augenblicklichen Machtverhältnisse in unserem Staate leben. Um sie für unseren Staat zu gewinnen, sie gleichsam mit einer Staatsidee zu befeelen, dürfen wir nicht die un sinnige Nationalitätenpolitik des feudalen, zusammengebrochenen und von uns so übel beleumdeten Oesterreich nachahmen, sondern wir müssen den Deutschen die Möglichkeit national-kultureller Entwicklung geben. Als wir gegen Oesterreich ankämpften, forderten wir Autonomie, das ist das Recht, unsere nationalen Angelegenheiten im Rahmen des Staates, nicht durch andere nationale Beamte im Wege des Diktats regeln zu lassen, sondern unsere ureigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Wir forderten damals — und überall haben uns die österreichischen Sozialdemokraten unterstützt — demokratische Selbstverwaltung. Wenn wir Oesterreich innerlich überwinden wollen, müssen wir sie auch heute für alle Völker unseres Staates, wie ebendem für die Oesterreichischen, fordern. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß es keine Feinde gibt, wir müssen in Aufriger Voraussicht, wie man den Staat erhält,

den nationalistischen Schreibern auf allen Seiten mannhalt entgegengetreten.

Was aber ferner Herr Stern nicht gesagt hat, was die tschechische Sozialdemokratie nicht eingestehen und um was sich Schnermal mit Kreidich herumgedrückt haben, das ist, daß die großzügige Regelung der nationalen Fragen in der Tschechoslowakei ein Problem unmittelbarer Aktualität ist. Die Slowaken, die Deutschen, die Karpathorussen verlangen mit immer größerer Bestigkeit die Selbstverwaltung. Das tschechische Volk wird sich, wenn es diesen Staat will, diesem elementaren Verlangen nicht entziehen können. Die größten Nachtragsbudgets für das Heer, die tüchtigsten Bezirkshauptleute, können den Wunsch nach Autonomie für reife Völker nicht unterdrücken. Die Kunst, einer staatsmännisch begabten Nation, zu der sich das tschechische Volk bedauerlicherweise erst drei Jahre Gelegenheit zu entwickeln hatte, mühe dahingehen, seine eigene Grenzen bewachte Kraft mit der der anderen Nationen zu dessen Entwicklung zu vereinen. Diese Einsicht ist die Lebensfrage des tschechischen Volkes und ihres Staates.

Das oberschlesische Problem.

Der Rat des Völkerbundes hat vom obersten Rat ein Danaergefäß überwiegen erhalten: Er soll, was den hemmungslos entscheidenden Mächten der Friedenskonferenz in ihrer Sünden Mäienblüte, was Ministerberatungen und Sachverständigen-gutachten nicht glücken wollte, auf einmal leisten und die Welt von dem bösen Angsttraum der „oberschlesischen Frage“ befreien. Er soll, aber es wird und kann ihm nicht gelingen, weil er um zu seinem Ziele zu gelangen, das Unmögliche möglich machen und innerhalb der kapitalistischen, d. h. innerhalb der auf schärfster Interessenpolitik aufgebauten Weltordnung die Ausöhnung hart widerstreitender Interessen zustande bringen müßte.

Vor allem einmal macht es schon das Ge- strüpp des Wesen- und Inhaltlosen, das sich um die Frage erschreckend dicht herumgerant hat, beinahe unmöglich, zum Kern des Problems zu gelangen. Der bürgerlich- W. U., welche die Lehren der Geschichtsforschung jederzeit an sich blind und taub vorübergehen läßt, ist nicht umsonst in der romantischen Ehrfurcht vor allem geschichtlich Gewordenen“ erzogen worden, als daß nicht ihre im Völker- bund mitberatenden Vertreter nach außenhin versuchen sollten, vor den weissenhaften aller Argumente den „historischen Ansprüchen“ und dem nationalen Prestige“, ihre Reberenz zu machen. Wie windig es auf polnischer Seite mit diesem Argument steht, wo doch Ober- schlesien vor 900 Jahren von ihnen erobert und 200 Jahre später von ihrem Fürsten La- dislaus Laszkonogi freiwillig aufgegeben wurde wollen wir nur nebenher bemerken, weil wir geschichtliche Sentimentalitäten grundsätzlich dorthin verweisen, wohin sie gehören: auf den Friedhof der abgestorbenen Ideen. Aber die bürgerlichen Politiker, die in der Presse ihre Schächsen an solchem Bande zügel, werden zu dem Unsinn trotzdem feierliche Gesichter schneiden und auch diese Rede respektieren müssen, die das unselige Dornröschchen „ober- schlesisches Problem“ umgibt. Und da nun läßt sich nicht leugnen, daß die Deutschen das Land und seine Schätze erschlossen, daß sie auch viele andersstämmige Bewohner für ihre Kul- tur gewonnen haben.

Der beste Beweis dafür liefern die Ziffern der Volksabstimmung vom 20. März dieses Jahres, bei welcher sich 707.488 Stim- mende berechnete, bzw. 1683 Gemeinden für Deutsch- land und 479.369, Menschen bzw. 597 Ge- meinden für Polen ausgesprochen haben, wäh- rend die Volkszählungsergebnisse von 1910 ein für die Polen weit günstigeres Resultat erwar- ten lassen konnten. Daß im übrigen die Ab- stimmungsziffern bei den Beratungen des Völkerbundes irgendwie den Ausschlag geben könnten, glauben wir nicht. Zahlen sind ge- buldig und mit dem Argument von heimisch- polnischen und von deutschen Auswanderer- stimmen, vom polnischen Land und der deut- schen Stadt läßt sich vor dem Spiegel sehr hübsch fechten. Auch gibt es Antidemokraten vom Schlag des Herrn Briand Gelegenheit zu der erwünschten, an ihm lediglich verlogten wirkenden demokratischen Pose, daß der arme Landarbeiter genau soviel zählen müsse wie der deutsche Gutsbesitzer. Immerhin ist das in den Stimmziffern ausgedrückte „Selbstbe- stimmungsrecht der Völker“ (wer lacht da?) auch einer von den Geisern, die von des Ka- pitalismus Gnaden aus jahrelang in der blu- tigen politischen Kinderstube des Weltkrieges umhergespunden durften, und heißt also ein freundliches Guderl.

Der Wille, Polen zu bevorzugen, ist bei einer Anzahl Völkerbundmitglieder gewiß vorhan- den, jedenfalls gelten Belgien und Spanien nicht eben als Freunde Deutschlands und ge-

rade sie sollen die Streiffrage prüfen. Aber wie das nun, ohne dadurch den Wie- deraufbau des europäischen Wirtschaftslebens in der Wurzel zu treffen? ohne also nicht nur Deutschland, was man ja allzugerne mit in der Kauf nähme, sondern auch den eigenen Markt unheilbar zu schädigen? Die Verhältnisse lie- gen da für jeden eindeutig klar. Seitdem Friedrich II. den Habsburgern 1745 Ober- schlesien fortnahm, namentlich aber seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts haben die Deutschen das Land mit bewährter Präzisions- technik zu einem vollendeten Wirtschafst- organismus ausgebaut, dessen kleinste Nädchen reibungslos ineinandergreifen und der sich zugleich als Ganzes dem Produktions- prozess des Staates aufs innigste einfügt. Das gilt schon von der Grundlage des Verkehrs, den Wasser- und Landstraßen. Das durch Kanalanlagen planvoll ergänzte Fluß- system der Oder, die dem Landesstrom bei- geordneten Haupttrassenzüge und im gleichen Sinn angelegte Eisenbahnlirien ermöglichen die Verladung der reichen Rohprodukte Schle- siens nach den meist nahgelegenen Verarbei- tungsstätten sowie den Transport in größere Fernen. Im Jahre 1913 verfrachteten die Bahnen allein 52 Millionen Tonnen Waren, davon rund 13 Millionen im Binnenverkehr, 32,8 Millionen Tonnen gingen hinaus und 6,3 Millionen Tonnen kamen herein. Für den deutsch-polnischen Streit ist dabei bezeichnend, daß Galizien und Kongreßpolen nur zwischen 3 bis 10 Prozent der nach Deutschland expor- tierten Warenmengen aufnahm, z. B. gingen 1913 an Roheisen: 600000 To. nach Deutsch- land und 60000 nach Polen, bei Eisenerzeug- nissen betrug das Verhältnis gar nur 741,5 : 23, bei Zink 159,5 : 14, bei Blei 22,5 : 1,5, bei Kohle 31,4 : 16,7. Die diesen Verhältnisziern entsprechenden tatsächlichen Zahlen geben eine ungefähre Vorstellung von dem immananten Reichtum des Landes. Ein Viertel aller deutschen Kohlen, nämlich 43,8 Millionen Tonnen, wurden vor dem Kriege hier gefördert, doppelt so viel als in Belgien oder Rußland, 350 Schächte beschäftigten 190.000 Arbeiter. Mit seiner Zinkproduktion von mehr als 170.000 Tonnen überflügelte Oberschlesien jedes andere Land Europas und steuerte 17 Prozent der Weltproduktion dieses Metalles bei. In der Eisenverarbeitung waren ihm innerhalb Deutschlands zwar Westfalen und die Rheinlande überlegen, immerhin brachten 1913 sechzigtausend Arbeiter 350.000 Tonnen Roheisen und anderthalb Millionen Tonnen Stahl in den Verkehr, 38 Hochöfen, 24 Eisen- und Stahlgießereien, je 16 Stahl- und Walzwerke standen im V. triebe. Gab die Schwerindustrie 300.000 von den zwei Millio- nen Bewohnern Brot, so beschäftigte die Er- zeugung von Chemikalien, Kalk, Baumateria- lien, Koks usw. einen weiteren gewaltigen Ar- beiterstab und all diesen Werttätigen droht durch eine Teilung des Landes eine schwere Erschütterung ihrer Existenzgrundlagen. Wo Geschlechter daran gearbeitet haben, was Na- tur erschuf und Menschengeist und -kraft er- kannten und leisteten, mit einander in mög- lichste Übereinstimmung zu bringen, da muß ein noch so vorsichtig geführter Schritt eine Anzahl von Zusammenhängen stören, muß hier lähmen und dort eine jedes Abflusses be- raubte Ueberproduktion erzeugen. Ein Bei- spiel, das für viele spricht und das Dr. Walter Schotte in der Schrift „Die Zukunft der ober- schlesischen Wirtschaft“ anführt, möge genü- gen, um das eben Gesagte zu illustrieren: Die „Oberschlesische Eisenindustrie-A. G.“ mit dem Sitz in Gleiwitz betreibt ihre im östlichen Teil des Industriedreiecks, Kreis Rattowitz, gelege- nen Werke mit Koks aus dem Kreis Rybnik, weil die im Osten geförderten Kohlen nicht verkäuflich sind. Für die Stahlhütte Waldun im Kreise Rattowitz wieder lieferte der Kreis Deuthen das Roheisen und abermals Rybnik den Koks. Wie soll auch nur einer der genann- ten Betriebe eine Teilung überdauern, ganz gleichgültig nun, ob irgend ein Sforza- oder Lloyd George-Plan oder ein Geometrie-Kunst- stück, das der Völkerbundrat ausheckt, zur Ver- wirklichung gelangt? Das vorsichtigste Chi- rurgemesser müßte hier verfehlen, aber die operierenden Herren sind gar keine Chirurgen, sondern grobe Fleischhacker. Haben sie doch ihre Kunst schon einmal bewiesen, als es das Habs- burgische Monstrum zu zerfchneiden galt, jeder Genosse blutet heute dank der barbarisch durch- geführten Operation aus tausend Wunden, jeder Großbetrieb unserer so jämmerlich „na- türliche“ erwachsenen Republik zappelt traurig zwischen Tod und Leben! Und was erst recht die Teilung eines geschlossenen Industriege- bietes anlangt, spricht das Schicksal Ostschle- siens eine furchtbare warnende Sprache. Trzyniec verkümmert und Wiskowitz geht ein, Arbeiter und Beamte verlieren mangels jeden Absatz ihre Stellen. Der polnische Teil lebt, von einer den Patriotismus durch den Not schleifenden Beamenschaft ausgebeutet, über- haupt nicht mehr. Welcher kühl Denkende mag

zu meinen, daß es in Oberschlesien anders kommen würde? Was wäre das Schicksal der zu Polen fallenden Bezirke? Ihre die Betriebe leitenden Männer, zu 97 Proz. Deutsche, wür- den sie großen Teils verlieren, die deutschen Arbeiter, des nationalen Haders müde und dem Druck des neuen „Herrenvolkes“ sowie seiner Geldentwertung ausweichend, würden gleichfalls in Massen flüchten, und Ersatz aus sich selbst heraus zu schaffen, sind die Polen, die wenig Techniker und Feinarbeiter besitzen, einfach außerstande. Und wenn sie dieses Un- mögliche schon leisten könnten, so hätten sie im eigenen Land, wir erinnern an die ange- führten Zahlen, für die erzeugten Waren viel zu wenig Absatz. Dazu leiden sie wiederum ihre schlechte Valuta den Export begünstigen würde, an einem derartig großen Mangel an Verkehrsmitteln und -Mitteln, daß sie große Auslandsbestellungen garnicht ausführen könn- ten — ganz zu schweigen von dem für sie un- wahrscheinlichen Kredit zum Einkauf der un- entbehrlichen Rohmaterialien, namentlich der schwedischen Qualitäts-eisenerze. Wie der pol- nische, so verlöre auch der bei Deutschland ver- bleibende Teil des Industriegebietes, seiner organisch angepaßten Hälfte beraubt, jedes in- nere Leben und stünde zum Teil ohne Quel- len, zum Teil ohne Absatz da, der dem Reich aufgebürdete Zwang, mit einem Male aus dem Ausland herbeizuschaffen, was früher dicht nebenan jutage gefördert wurde, könnte sogar die einstige Reichtumsquelle des deut- schen Staates in einen schweren Ballast ver- wandeln. Dieses mit Sicherheit zu erwar- tende Ergebnis hat bekanntlich zuerst die Eng- länder nachdenklich gestimmt, aber auch die Franzosen können sich der Einsicht nicht ver- schließen, daß aus einem stetig verarmenden Deutschland die heiß begehrten Reparations- gelder nicht herauszuholen sind. Aus langjäh- riger Konkurrenzzeit geborener Haf und Ver- richtungswille auf der einen, Sachsucht auf der anderen Seite streiten in der französischen Bourgeoisie um den Vorrang, die dem eigenen Markt und dessen Absatzgebieten geltenden kaufmännischen Erwägungen Englands treten als weitere Kraft auf den Schauplatz des ka- pitalistischen Interessentrieges und die Kampf- musik dazu befragt des Kapitalismus fürchter- lichster Sohn, der Nationalismus in Gestalt des polnischen und des deutschen Imperialis- mus. Widerlich sind alle beide. Aber der pol- nischen Herrenklasse blieb es vorbehalten, die nationale und Staatsidee voll und ganz zu prostituieren. Sie hefte und heft durch das mythische Zauberwort „Vaterland“ Tausende und Abertausende in Ruin, Aufruhr und Tod. Und das nicht etwa, weil die Herren Schlach- zigen fanatisch an ihr Idol glauben, sondern weil noch weitere hundert oder tausend von ihnen an die Schüssel kommen und ein Land mehr zum Heil des eigenen Bauches aus- saugen wollen. Wenn jemand, so haben sie einen heiligen Traum, die Befreiung eines geknech- teten Volkes, erbarmungslos geschändet. Wir sagen das mit Erbitterung, weil diese Wirk- lichkeit gewordene Befreiung Polens ein kraf- ter Beweis dafür ist, wie der Kapitalismus alles und jedes, auch die hehrsten Ideale, in seine schmutzigen Kreise zieht. Derselbe Ka- pitalismus, der sich jetzt anschiebt, zwei Millio- nen Oberschlesier durch irgend ein Proviso- rium unglücklich zu machen, um sein Dasein fristen zu können. Aber was ihn augenblicklich zu retten scheint, beschleunigt in Wirklichkeit nur seinen Tod, denn ein notdürftiger Inter- essenausgleich vermehrt nur die Gegenseite und macht die Zukunft noch unheilsvoller. Ob Deutschland, ob Polen als Sieger aus dem Kampf hervorgehen oder ob, was das Wahr- scheinlichste ist, das Ergebnis hinter beider Wünschen zurückbleiben wird, jedenfalls er- weist sich das heutige Machtstaatsystem an dem oberschlesischen Problem als unhaltbar, als den eigentlichen Feind der Völkerverhö- hung. Nicht um Grenzen für ihre Ausbeutungsgebiete sollte die Menschheit streiten, sondern die Grenzen nieder- reißen. Die Staaten müssen werden, damit „der Staat“ auferstehe, in welchem die Sonne des Sozialismus so den Völkern wie den Ein- zelnen leuchtet und in dem nicht mehr die Klassenherrschaft triumphiert.

Für den Schutz der kleinen Landwirte.

Unter den kleinen Landwirten des deutschen Randgebietes herrscht große Erregung über die in dem Erlass vom 11. August d. J. verfügte Art der Ablieferung an Getreide an den Staat. Bekanntlich ist für Landwirte, die eine Gesamtdarfstfläche von 3—5 Hektar be- sitzen, eine Quote von 30 Kilogramm per Hek- tar, und für solche mit einer Ackerfläche von 5—20 Hektar eine Quote von 60 Kilogramm pro Hektar vorgeschrieben. In minder ertrag- reichen Gegenden und bei zahlreicher Familie ist es dem kleinen Landwirt ganz unmöglich, die vorgeschriebene Menge abzuliefern. Ent- weder wäre dadurch seine Ernährung ge- fährdet, oder er müßte sich im freien Handel Getreide um 400 Kronen für den Zentner kaufen, wofür er vom Staate nur 190

Kronen erhält. Der Stimmung dieser kleinen Landwirte gaben die Abgeordneten Genossen Leibl und Schweichardt in einer Vor- sprache beim Ministerpräsidenten Dr. Cerny am 2. September bereiten Ausdruck und eruchten ihn, dahin zu wirken, daß in allen Fällen, wo nachweislich ohne Ge- fährdung der Existenz eine Ablieferung nicht möglich ist, Rücksicht geübt werde. Der Mi- nisterpräsident, welcher sich dahin aussprach, daß die vorgeschriebenen 40.000 Waggons auf jeden Fall aufgebracht werden müssen, konnte aus eigenem Ermessen kein bindendes Verspre- chen abgeben, sagte jedoch zu, daß er sich mit dem Augenblick abwesenden Ressortministern ins Einvernehmen setzen werde.

Die Erfolge der tschechisch-ungarischen Schulpolitik.

Brünn, 2. September. (Tsch. N.-B.) In der heutigen Sitzung des Stadtrates gab Bürgermeister Dr. Macha das vorläufige Er- gebnis der Einschreibungen an den tschechischen und deutschen Volks- und Bürger Schulen in Brünn (Innere Stadt) nach dem Stande vom 1. September d. J. bekannt. In die tschechi- schen Volksschulen wurden 5.602, in die Bür- gerschulen 3.293, zusammen 8.895 (Vorjahr 8784), in die deutschen Volksschulen 3.289, in die Bürgerschulen 2.000, zusammen 5.289 (Vor- jahr 5332) Kinder eingeschrieben. — Die Tsch- chen haben etwa ein Drittel der Brünnner Schu- len aufgelöst und die bestehenden in die für den Jugendunterricht unmöglichsten Lokalen unter- gebracht. Dann haben sie für alle Kinder der städtischen Angestellten und sonstigen vom Staate und Lande Abhängigen den tschechischen Schulzwang dekretiert. Und trotzdem ist es ihnen nur gelungen, einige Hunderte von der deutschen Schule fernzuhalten.

Bilder aus der Slowakei.

Eine Nationen-Untersuchungskommission. Presh- burg, 1. September 1921. In Patschau waltet eine sogenannte Nationen-Untersuchungskom- mission. Diese Kommission stellt die Nationalität der Kinder fest und nur behördlich geachtete ungarische Kinder dürfen ungarische Schulen besuchen. Die Kinder, von denen die Kommission behauptet, daß sie Slowaken sind, müssen in slowakische Schulen gehen. So wird die Zugehörigkeit zu einer Na- tion von der Obrigkeit festgelegt.

Das Ende der ungarischen Hochschule in der Slowakei. An der juristischen Fakultät der Preshburger Universität wurde bisher ungarisch vorgelesen. Laut der Vereinbarung vom 25. September 1919 zwischen den Universitäts- behörden und den Vertretern der Regierung sollten die ungarischen Vorlesungen bis zum 31. Juli 1922 fortgesetzt werden. Die ungarischen Vorlesungen wurden aber jetzt von der Re- gierung einseitig abgebrochen. Gewiß war die Preshburger Hochschule, wie die ungarischen Universitäten überhaupt, eine Hochburg der Re- aktion. Die reaktionäre Gesinnung der Pro- fessoren ist aber kein triftiger Grund für die Ver- nichtung des ungarischen Hochschulwesens. Die Ungarn der Slowakei und Karpathoruhlands werden nämlich in der Zukunft keine Hoch- schule haben. Auf den Trümmern der ungaris- chen Kultur will man die slowakische aufbauen.

Der Fleischwucher in Preshburg. Einundzwanzig Mehrgemeister der Preshburger Markthalle stan- den vor dem hiesigen Landgericht wegen Preis- treiberei. Es wurde festgestellt, daß sie im März d. J. von Großfleischhauern Fleisch zu 11 K per Kilogramm einkauften und dasselbe für 18—20 K per Kilogramm veräußerten. Sechzehn von ihnen wurden zu einmonatiger Arrest- strafe, einer zu drei Wochen Kerker und 2000 K Geldbäse verurteilt, vier wurden freigesprochen. Solche Fleischwucherer gehören in Preshburg nicht zu den Seltenheiten, wohl aber solche Urteile.

Die Korruption in Karpathoruhland. Der ge- wesene Oberstadthauptmann von Munkacs, Svaha wurde verhaftet. Er hat große Sum- men unterschlagen. Unter den verschwundenen Posten figuriert auch einer von 16.000 Dollar. Da auch die Führer der Vereppszager Polizei als gewöhnliche Verbrecher entlarvt wurden, muß die Sicherheitsverwaltung Karpathoruhlands ein- äußerst zuverlässige sein.

Der zwölfte Zionistenkongress.

Seitdem Theodor Herzl in seinem „Ju- denstaat“ die Juden ausgerufen hat, sich ihrer nationalen Einheit bewußt zu werden und nicht als einziges Band ihrer Gemeinschaft das mosaische Glaubensbekenntnis zu betrachten, ist die Schar der Zionisten von einem kleinen Häuflein zu einer Masse angewachsen, hat sich die Lösung der Partei: „Sicherung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für jene Juden, die in den Wirtschaftskern nicht auf- gehen können oder wollen“, Beachtung erzwun- gen. Wundern kann uns die Bewegung nicht, weil die bewußte Betonung des Volkstums in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine der wichtigsten Triebfedern der Beschä- digung geworden ist. Der zwölfte Kongress, der gegenwärtig in Karlsbad tagt, kann auf einen Erfolg zurückblicken. Lord Balfour hat 1917 in einer Deklaration Palästina den Juden als Siedlungsgebiet zugesprochen und die meisten Weltmächte haben sich dieser eng- lischen Erklärung angeschlossen. Freilich fielen in den Freudenwein viele Wermutstropfen, denn die einheimischen Araber wollen von der Ansiedlung der Juden nichts wissen und die

europäischen Winter werden sich mit immer schrofferem Haß gegen die ungeliebten Gäste, auf deren geduldigen Rücken sie neben den vielen tatsächlich jüdischen Sünden auch die eigenen Verfehlungen abladen. Dem Wucher und Schiebertum gedeiht ebensogut unter dem Davidtschild wie im Schatten des Kreuzes. Der Bepfropfung des Erftalchens wie des Bittern gelten die bisherigen Kongressreden, im einzelnen sachlich Wichtiges brachten nicht.

Die russische Hungerkatastrophe.

Moskau, 2. September (Funkpruch). Bis zum 31. August wurden im Ganzen 11.169.464 Pud Brotfrucht aufgebraucht, so daß die Winterausaat in den Hungergebieten gesichert erscheint. Wie jedoch aus verschiedenen Aufzügen und Artikeln der „Pravda“ hervorgeht, ist die Lage der Bevölkerung in den Hungergebieten noch immer verzweifelt. Die Regierung hat nämlich einen Teil des aufgebrauchten Getreides auch für die Versorgung der Industriearbeiter im ganzen Staate und für die Spitäler verwendet. Ein Telegramm Kalenins aus den Hungergebieten besagt, daß dort noch immer die Sterblichkeit infolge Hungers recht hoch sei. Die Lage der Kinder in der Kirgisenrepublik ist erschreckend. Verzweifelte Eltern verlassen ihre Kinder auf offener Straße.

Kopenhagen, 2. September. „Verlänste Tidende“ meldet aus Helsingfors: Zwei Dampfer mit 12.000 Tonnen Lebensmittel aus der amerikanischen Hilfsmission sind in Niga eingetroffen. Nach Moskau sind bereits 22 Eisenbahnwaggons mit amerikanischen Lebensmitteln abgegangen. Die Mitglieder der amerikanischen Hilfsaktion reisen in der nächsten Woche nach Moskau ab.

Keine polnisch-magyarischen Legionen. Die polnische Gesandtschaft in Prag ersucht um Veröffentlichung folgender Mitteilung: Mit Rücksicht auf die ständig sich wiederholenden Nachrichten über die Bildung von polnisch-magyarischen Legionen in Polen erklärt die Gesandtschaft der polnischen Republik in Prag nachdrücklich, daß diese Nachrichten ebenso wie diejenigen über ein diplomatisches Einschreiten in dieser Angelegenheit nicht auf Wahrheit beruhen.

Widerspruchsvolle Nachrichten vom griechisch-türkischen Kriegsschauplatz.

Angora, 2. September. (Havas.) Amlich wird gemeldet, daß die Griechen nach zweitägiger Schlacht östlich vom Salaria vergeblich versucht haben, die türkische Front zu durchbrechen. Sie beginnen langsam zurückzuweichen und die Türken bereiten ihre Verfolgung vor.

Alles, 1. September. Die siebentägige Schlacht, die mit dem Zurückweichen der Türken endete, fand bei den starkbesetzten Anhöhen des nördlichen Ufers der Flüsse Göt und Kadrandji statt. Die Schießlinie erstreckte sich auf der Front vom Dorfe Etref am östlichen Ufer des Salaria bis 60 Kilometer östlich davon.

London, 2. September. Es scheint, daß die Griechen einen Fortschritt erzielt haben und die fliehenden Türken verfolgen. Die Griechen sind 5 Meilen östlich des Salaria vorgeückt und man glaubt, daß sie die Türken aus dem größten Teil der östlichen Bergpositionen vertrieben haben.

Die Gefahr der Malariaüberbreitung.

Von Privatdozent Dr. Hugo Jitis (Brünn).

Zu den Segnungen des Weltkrieges gehört auch die Überflutung unserer Heimat durch in malarieberseuchten Gebieten (Albanien, Bolivien etc.) erkrankte Soldaten. Die Malaria oder das Wechselfieber wird nicht, wie man früher glaubte, durch die Sumpfluft, durch „Miasmen“ hervorgerufen, sondern durch winzige, mikroskopisch kleine Schleimtierchen, die Plasmodien, die sich im Menschenblut vermehren und, indem sie in bestimmten Zeitabständen in ungeheurer Menge die menschlichen Blutkörperchen anfallen und vernichten, ein regelmäßig nach bestimmten Zeiten (nach 24 oder 48 oder 72 Stunden) auftretendes, den Körper schwer schädigendes Fieber erzeugen. Als diese Tatsache im Jahre 1880 vom französischen Militärarzt Laveran entdeckt worden war, wußte man noch nicht, wie diese winzigen Parasiten in das Menschenblut hineingelangen. Erst durch weitere Forschungen, vor allem durch Ross, Grassi, Schaudine u. a. wurde festgestellt, daß diese winzigen Fiebererreger nur durch den Stich gewisser Mückenarten, der Fieber- oder Gabelmücken (lateinisch Anopheles) dem Menschen eingeimpft werden können, aber auch nur dann, wenn diese Mücken vorher das Blut eines Malariaerkrankten gesaugt. Durch die Mücke wird also die Krankheit vom Kranken auf gesunde Menschen übertragen.

Vor dem Kriege war über das Vorkommen der Fiebermücken in unserer Heimat nur wenig bekannt. Denn einerseits gab es ja fast keine Malariaerkrankten bei uns, somit auch keine Malariaübertragung und daher nur wenig

Blutige Zusammenstöße bei einem Streik in Virginia.

Charleston (Virginia), 1. September. Aus Logan wird gemeldet, daß sich mehrere Zusammenstöße der Polizei mit den seit mehreren Wochen streikenden Bergleuten ereignet haben. Es wurden Schüsse gewechselt, wobei ein Polizist und ein Bergmann getötet wurden. Der Streik soll sich auch auf die staatlichen Bergwerke des Ohio ausdehnen.

Agrarische Gewissenlosigkeit.

Sie wollen die Arbeiter aushungern.

Die staatliche Ernährungswirtschaft ist ein Hohn für die Bevölkerung, wonach die Regierung erst den Kreis der Personen, die auf die staatliche Versorgung Anspruch haben, genau umschreibt, um dann in einer zweiten Verordnung zu sagen, daß für die Vesteuerung der Ansprüche auf die öffentliche Versorgung nichts anderes entscheidend sei, als die bereitstehenden Vorräte. Mitten im Ernährungsschaos rufen die Agrarier um den Preis des Getreides möglichst in die Höhe zu treiben, der ganzen Bevölkerung den Brotkorb höher zu hängen. Die Teufelener Bezirksleitung des Bundes der Landwirte erließ — wie wir unserem Bruderblatt, dem „Nordböhmischen Volksboten“ entnehmen — an alle ihr angeschlossenen Lokalorganisationen einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt: „Den parteimittgliedern ist nahe zu legen, nach Tunlichkeit mit dem Getreideverkauf zuzuwarten, weil es dormalen vorteilhafter erscheint, das Getreide möglichst im Stroh zurückzuhalten, zumindestens aber das gedroschene Getreide, um nicht durch Massenverkauf jetzt zu Beginn des Herbstes preisdrückend zu wirken. Auf alle Fälle wird aber vor überreichten Frühkäufen gewarnt. Ein jeder möge das übrige Getreide der Lagerhausgenossenschaft verkaufen, um sich dadurch selbst zu helfen.“

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß es sich hier um einen wohlüberdachten Plan handelt und der Bund der Landwirte diesen fauleren Rat nicht nur seinen Mitgliedern im Tetschner Bezirk, sondern überall gegeben hat und daß die tschechischen Agrarier wahrscheinlich mit ihren deutschen Klassengeossen im Bunde sind. Man bedenke nun die Ernährungslage, in der sich die Bevölkerung befindet. Die Hälfte wird aus der öffentlichen Versorgung ausgeschieden und muß den landwirtschaftlichen Produzenten jeden beliebigen Preis zahlen, den die Agrarier auf Grund ihrer guten Konjunktur — die gute Konjunktur der Agrarier ist nämlich der Hunger der anderen — verlangen. Die andere Hälfte der Bevölkerung bekommt staatlich bewirtschaftetes Mehl — so lange der Vorrat reicht. Die Agrarier sorgen schon jetzt dafür, daß keine Vorräte hier sind, damit die gesamte Bevölkerung ihren Wucherpreis für Brot und Mehl zahlt. Die Großbauern und Getreidehändler sind huppig nach Profiteuren, sie wollen ungehemmt von jedem staatlichen Zwang verdienen und die Masse der Bevölkerung muß entweder zahlen oder kann verhungern. Der Bund der Landwirte scheut sich nicht, die Bevölkerung direkt in eine Hungerkatastrophe hineinzutreiben. Aus den geschwächten Leibern unterernährter Arbeiter, Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder will der Bund der Landwirte Profit münzen. In diesem Augenblick des Zusammenbruchs der Ernährungswirtschaft, da die Sorge um ein bißchen Mehl und Brot jeden Arbeiter und jede Arbeiterfrau erfüllt, tritt der Bund der Landwirte mit einem so schändlichen Schreiben an seine Mitglieder hervor. Auf der einen Seite stellen sich die

Agrarier, die doch die Bundesgenossen der Herren Ledgman, Anrich und Rassa sind, die mit den übrigen deutschböhmischen Parteien im deutschen parlamentarischen Verband beisammen sind, als nationale Partei hin, betonen fortwährend ihr Deutschtum, spielen sich als die Retter des deutschen Volkes auf und auf der anderen Seite tun sie alles, um die Massen des deutschen Volkes, die deutsche Arbeiterschaft verhungern zu lassen. Uns Sozialdemokraten nennen sie „Nationsverräter“, dabei aber hungern sie das deutsche Volk, das meistens in Industriegebieten wohnt, aus. Nicht das Deutschtum, sondern der Mammon ist ihr Gott. Wir werden auch sehen, ob die Regierung gegenüber den Agrariern, die frech jedes Gesetz verhöhnen und ausgesprochenen Wucher treiben, so energisch vorgehen wird, wie gegen streikende Arbeiter.

Tages-Meinigkeiten.

Protestkundgebung gegen die neue Ernährungsverordnung.

Deutsches Probevolk in Jägerndorf. In Jägerndorf fand am Montag eine große Protestversammlung unter freiem Himmel gegen die Einschränkung der Brot- und Mehlversorgung und gegen die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise statt. In Tausenden waren die Arbeiter aus den Betrieben aufmarschiert, um gegen die neue Verordnung der Regierung Stellung zu nehmen. Es wurde eine Abordnung gewählt, die dem Landespräsidenten die Forderungen der Arbeiterschaft überbringen sollte. Während der Rede des Abgeordneten Genossen Heeger begann nun der nationalsozialistische Gemeinderat Schmidt aus Weiskirch die Forderung, vom Feind der Gemeindefürsorge der ohnehin erregten Menge zuzurufen, es sei alles Blödsinn, Unsinn, was da gesprochen wird, und provozierte die Massen durch böhmisches Gelächter und abfällige Handbewegungen. Die Aufregung wurde so gewaltig, daß Hunderte von Menschen die Polizei, die vor dem Rathaus stand, beiseite drückten und einen Sturm auf das Rathaus unternahm, um diesen Frechling herauszuholen und ihn zur Verantwortung zu ziehen. Die Menge stürmte in die Amtsstuben, von dort in das Zimmer des Amtleiters, umringte den sauberen Patron, der, bleich und an allen Gliedern zitternd, Worte der Entschuldigung zusammen zu versuchte und der Unzufriedenheit erklärte sich dieser Feld bereit, den Arbeitern vom Balkon des Rathauses Abbitte zu leisten, worauf sich die Massen etwas beruhigt zurückzogen, um die Erklärung abzuwarten. Die Polizei selbst bemühte dies, um des Rathauses abzuweichen. Schmidt erschien nun am Balkon des Rathauses, von Schmach- und Pfri-Musen empfangen, versuchte dort eine Erklärung, nicht aber eine Abbitte herunterzukommen, was die Menge nicht befriedigte und in einem neuerlichen Sturm auf das Rathaus Anlaß gab, doch aber in der Zwischenzeit von einem Polizeifordon abgeperret wurde. Stundenlang noch wogte die erregte Masse auf der Straße auf und ab und es bedurfte der größten Anstrengung der besonnenen Elemente, die Menge vor überreichten Schritten zurückzuhalten. Man hätte Schmidt, falls man seiner habhaft geworden wäre, buchstäblich erschossen. Bis in die späten Abendstunden mahlte der Frechling im Gemeindefaule verwehrt bleiben, um sich dann im Dunkel der Nacht davonzuschleichen. Die Menschen zerstreuten sich erst dann, als der Vertreter der Behörde, Herr Dr. Herzig, sich ehrenrührig verpflichtete, gegen Schmidt die Anzeige zu erstatten. — Dienstag vormittags sprach dann die Abordnung beim

Landespräsidenten vor und unterbreitete die Wünsche, Forderungen und Beschwerden der Arbeiter. Nach längerer Aussprache gelang es, einige Sätze der Verordnung in ihrer Auslegung zu mildern, worüber den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft in einer Plenarversammlung Bericht erstattet wird.

Am Mittwoch fand eine Volksversammlung in Reutitzsch statt, die sich ebenfalls mit der neuen Verordnung beschäftigte und aufs Schärfste gegen diese Regierungsmassnahme protestierte.

Eine scharfe Protestresolution gegen die Ernährungsverordnung faßte am Dienstag eine Konferenz der Gemeindevorsteher und Approprierungsleiter des Bezirkes Komotau, die als gesetzliche Vertreter der gesamten Bevölkerung die vollkommene Aufhebung dieser Verordnung verlangten. Diese Verordnung macht nicht nur dem schwer arbeitenden Volke die Existenz fast unmöglich, sondern sie zeigt auch, daß die Regierung nicht gewillt ist, den Wucher mit den wichtigsten Lebensmitteln zu unterdrücken. Die Resolution verweist darauf, daß derart tief einschneidende Regelungen des Ernährungswezens nur auf parlamentarischem Wege beschlossen werden dürfen und fordert daher die sofortige Einberufung des Abgeordnetenhauses.

Der beschlagnahmte Marx. Eine Reichenberger Buchhandlung erhielt dieser Tage einige Bände von Margens „Kapital“ zugesandt. Und diese Sendung hat der Reichenberger Staatsanwalt beschlagnahmt. Das „Kapital“ wird nun höheren Orts auf seine Staatsgefährlichkeit geprüft werden und falls sich gegen den Autor Bedenken geltend machen, wird wahrscheinlich auch seine Verhaftung in Reichenberg verfügt werden. Gegen den Täter liegt noch anderes schwer belastendes Material vor. So soll er angeblich ein kommunistisches Manifest herausgegeben haben, das bedauerlicherweise den zuständigen Behörden noch nicht in die Hände gefallen ist. Doch der Reichenberger Staatsanwalt wird alles daransetzen, sich in den Besitz dieses Pamphlets, von dessen Existenz er schon gehört hat, zu setzen. Es liegt überhaupt der Verdacht nahe, daß der besagte Marx in Reichenberg staatsgefährliche Propaganda zu treiben beabsichtigt, wie überhaupt eine ganze Reihe ungarischer Juden das Territorium unserer Republik, die sich doch eben aufrichtet, eine soziale zu werden, geradezu überschwemmt. Im übrigen ist der Reichenberger Staatsanwalt einer großangelegten Verschwörung auf die Spur gekommen. Es sollen sich in unserer Republik noch mehrere Individuen herumtreiben, die mit dem Programm des obengenannten lästigen Ausländers übereinstimmen. Der Reichenberger Staatsanwalt wird sich ohne Verzug in Einvernehmen mit dem Untersuchungsrichter mit dem Studium des konfiszierten „Kapital“ befassen und gegen den inkriminierten Karl Marx und Genossen das Strafverfahren einleiten.

Die Vergeßlichkeit des deutschen Schulwesens in Troppau, wo bei Durchführung des letzten Erlasses die Deutschen 46 Klassen herab zu würden, hat die Erregung der dortigen Arbeiterschaft aufs höchste gesteigert. Die organisierten Arbeiter beschlossen in einer Vertrauensmännerversammlung am Dienstag, den Kampf gegen diese tschechoslowakische „Kulturpolitik“ mit allen Mitteln zu führen und bereiten für den gestrigen Freitag eine große Arbeiter-Protestversammlung ein. Der deutschen Bevölkerung Troppaus ist es bitterer Ernst um ihre Protestaktion.

Interesse für die das Fieber übertragenden Stechmücken. Durch den Weltkrieg aber wurden, wie erwähnt, malarialranke Soldaten in großer Zahl (nach Martini nach Deutschland über 100.000!) in unsere Heimat gebracht, so daß die Malariaerkrankung bei uns in die Nähe gerückt erscheint. So wurde denn die Frage, ob die Malariaerkrankung bei uns vorkommen, bzw. häufig sind, auf einmal wichtig. — Andererseits hat man in früherer Zeit die Fiebermücken nicht an den richtigen Orten gesucht und daher oft auch dort, wo sie häufig waren, übersehen. Die Fiebermücken (Anopheles) findet man nämlich bei uns am Tage nicht oder nur selten — außer bei massenhaftem Vorkommen — im Freien, sondern meist in dunklen, schmutzigen Stellen und Wohnungen an der Decke oder an den Wänden, am liebsten an Spinnweben sitzend. Die Fiebermücken sind von den gewöhnlichen Stechmücken — bei uns Gelsen genannt — dadurch zu unterscheiden, daß die Weibchen — nur diese saugen Blut — neben dem Saugrüssel zwei lange Tasten aufweisen, während die Tasten der gewöhnlichen Gelsen nur ganz kurz sind. Ferner sind sie auch an der Art, wie sie an der Decke der Ställe sitzen, leicht zu erkennen: sie hängen nämlich, nur mit zwei Beinen befestigt, senkrecht hinunter, während die andern Mücken mit allen sechs Beinen wogrecht an der Decke haften. Von unten gesehen, erscheinen also die gewöhnlichen Mücken wie kleine schwarze Striche, die Fiebermücken wie dunkle Punkte.

Da, wie gesagt, über das Vorkommen der Fiebermücken bei uns nur wenig Sicheres bekannt war, ging ich im Vorjahre daran, in Verein mit mehreren Mitarbeiter — vor allem den bekannten Fachleuten Direktor Karl Czizel und Fachlehrer Karl Lindroth —

die Verbreitung der Anopheles zu studieren. (Die ausführliche Abhandlung erscheint in den Berichten des mährischen Landesmuseums). Wir gingen beim Rang der Mücken in der Weise vor, daß wir kleine, breitflächige, zum Teil mit Spiritus gefüllte Fleischchen vorsichtig unter die an der Stalldecke hängenden Mücken hoben, worauf die durch den Spiritusdampf betäubten Tiere in die Flüssigkeit fielen. Zuerst zogen wir das wasserreiche und durch die Mückenplage verursachte süd-mährische Thayaegbiet in den Bereich unserer Untersuchung. In allen durchforschten Orten, so in der Umgebung von Znaim, Gruboch, Mikoloburg, den Pollaner Bergen, Eisgrub, Lundenburg u. a. fanden wir die beiden bei uns vorkommenden Arten der Fiebermücke Anopheles maculipennis und A. bifurcatus, stellenweise in sehr großer Zahl. In den Grenzgebieten und Thahatimpeln gelang es uns auch die Larven der Fiebermücken nachzuweisen. Auch im mittelmährischen Scharzawagebiet, also in der Gegend von Bräunherum und in Brünn selbst gelang es uns, die beiden Malariaerkrankungen über all, wo wir suchten, festzustellen. Endlich wurde noch das hochgelegene Gebiet des welschen böhmisch-mährischen Höhenzugs also die Gegend um Tetsch, Jglau, Reusstadt etc. durchforscht. Auch hier in diesem durch seine zahlreichen, großen und kleinen Teiche gekennzeichneten Landstrich, dessen Ortshäuser meist zwischen 500 und 600 Meter Meereshöhe aufweisen, sind die Fiebermücken fast überall häufig. Die andern Teile Mährens, namentlich der Norden und der Osten wurden zwar von uns noch nicht einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Aber aus den bereitgestellten Funden, die wir und andere Forscher auch in den anderen mährischen

Gebieten, so im Flußgebiet der March (Mährisch-Schönberg, Olmütz, Kremier, Gößling) und im Nordosten (Mährisch-Weiskirchen, Mährisch-Strau) gemacht haben und nach ähnlichen Ergebnissen, zu denen man auch in Böhmen gelangt ist (von H. Dr. Bruchm in der Umgebung von Franzensbad, Prof. Dr. Trojan u. a.) ist mit Sicherheit die allgemeine Verbreitung der als Malariaüberträger in Betracht kommenden Mücken in unserer Heimat zu entnehmen. Nun befinden sich seit dem Kriege, wie erwähnt, in fast allen Teilen unserer Heimat ehemalige Soldaten, die auf den Kriegsposten an Malaria erkrankten. Zwar wurden fast alle mit China behandelt und geheilt. Aber für die bei uns am häufigsten auftretende Form der Malaria, das Drittagfieber oder die Tertiana, ist es charakteristisch, daß trotz der Chininbehandlung von Zeit zu Zeit, oft erst nach mehreren Jahren Rückfälle, Rezidive, auftreten, die, da sie meist von keinen schweren Erscheinungen begleitet werden, von den Heilnehmern vielfach allein behandelt oder auch ganz vernachlässigt werden. Da wir nun jetzt wissen, daß namentlich in wasserreichen Gegenden die malarialübertragenden Mücken sehr häufig sind, so erscheinen die beiden Hauptbedingungen für die Ausbreitung des Wechselfiebers, für die Entstehung von Malariaepidemien, gegeben und es wird die Frage aufzuwerfen sein, ob nun tatsächlich eine unmittelbare Malariaerkrankung bedrohlich.

In früheren Zeiten bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts war die Malaria in vielen Formen in vielen Teilen Deutschlands und Österreichs verbreitet. Sie war z. B. in der Umgebung von Gößling (Sachsen) an der in meiner Heimat Mähren einge-

Verbilligung der Presse-Telegramme nach Jugoslawien. Der Tarif für Presse-Telegramme nach Jugoslawien wurde, wie das tschechoslowakische Postministerium mitteilt, auf Grund einer Vereinbarung mit der Telegraphenverwaltung des Königreiches J.S.Z. vom 1. September an von 1 K 50 h auf 96 h für das Wort herabgesetzt. Vom 1. Oktober an werden auch die Telefongebühren nach Jugoslawien herabgesetzt werden.

Diebstahl. Der Eigentümer der Apotheke „Al Spasitel“ in der Sychradská třída, Mag. Bb. Sliba, machte bei der Sicherheitsabteilung die Anzeige, daß ihm in der letzten Zeit 1000 Stück französischer Arzneimittel im Werte von ungefähr 25.000 Kronen entwendet wurden. Detektive stellten fest, daß die Arzneimittel von dem gewesenen russischen Gefangenen Maxim Gregorowicz aus Wilna gestohlen worden seien, der in der Apotheke als Laborant beschäftigt war. Die entwendeten Arzneimittel verkaufte dann sein Freund, der Apothikant Wenzel Salerius, welcher den Gregorowicz nach dessen Angabe zu dem Diebstahl verleitet hatte. Beide wurden dem Landesstrafgericht eingeliefert.

Kleine Chronik.

Demonstrationen in Heidelberg. Aus Heidelberg wird gemeldet: Bei den Kundgebungen am Donnerstag kam es zu einigen Zwischenfällen vor dem Gefängnis, das zurzeit keine politischen Gefangenen, wohl aber Schwerverbrecher beherbergt. Die Menge verlangte die Freilassung der Gefangenen. Starke Posten der Sicherheitspolizei hielten die Tore besetzt. Die Arbeiterführer beunruhigten die Menge. Ihrem Eingreifen verbandt es auch die „Badische Post“, in deren Gebäude die Demonstranten eindringen wollten, daß lediglich die Tore geöffnet wurden.

Vom Eisenbahnung gestört. Mittwoch abends wurde bei der Haltestelle der Staatsbahn in Komotau der Kaufmann Ludwig Kohn aus Komotau im schwerverletzten Zustande aufgefunden. Kohn wurde ins Bezirkskrankenhaus überführt, wo er seinen Verletzungen erlag. Er hatte angegeben, daß er in Gorka in den Zug eingestiegen sei und von jemandem an der Bruststelle aus dem Zuge gestoßen wurde. Zwei diensthabende Konduktoren und der Bahnwächter gaben bei ihrer Einberufung an, nichts gesehen zu haben. Die Angabe Kohns scheint unrichtig zu sein. Da er schon einmal einen Selbstmordversuch unternommen hatte, nimmt man an, daß es sich um einen Selbstmord handelt. Eine vollständige Aufklärung dieses Falles wird erst durch die Gerichtskommission erfolgen.

Unruher Raubüberfall in Paris bei heiligstem Tage. Paris, 2. September. Den Märitern zufolge wurde gestern Nachmittag am heiligen Tage ein Steuereinnahmer in Cette, der 1.000.000 Francs bei sich hatte, auf der Straße niedergeschlagen und beraubt. Faschisten und Gendarmen verfolgten die drei Räuber. In der Nähe des Bahnhofes entspann sich eine Schießerei, wobei ein Polizist und zwei Räuber niedergeschossen wurden. Der dritte ergab sich. Ein Räuber ist tot, der andere schwer verletzt.

Frauenarbeit in Amerika. Bei den amerikanischen Bahnen sind ungefähr 100.000 Frauen beschäftigt. Voriges Jahr befanden sich unter zwei Millionen Angestellten 5 Prozent Frauen, und diese Zahl erhöht sich ständig. Die Frauen sind meistens als Bedienerinnen, Köchinnen, Arbeiterinnen, Telefonistinnen u. ähnl. beschäftigt.

Wasserstand: Koblenz + 2, Budweis - 22, Tabor + 8, Moldauten - 10, Bistec + 15, Kam - 5, Stechowic - 54, Poritschen am S. - 18, Beraun - 40, Modan - 84, Prag + 11, Karolinental + 16, Pardubitz - 95, Brandeis - 51, Melit + 18, Laun - 70, Leitmeritz + 54, Aussig - 74, Teitschen - 81. - Voraussage für den 3. d. M. Aussig - 72, Teitschen - 80 Zentimeter.

Ward so häufig, daß sie von der Bevölkerung als „Hobdula“ (Höddinger Fieber) bezeichnet wurde. Durch Flugregulierungen, Entsumpfung und die damit verbundene Abnahme der Zahl der Fiebermücken, vor allem aber durch die allgemeine Besserung der hygienischen Verhältnisse wurde aber die Malaria allmählich zum Schwinden gebracht, so daß unmittelbar vor dem Kriege nur noch ganz vereinzelte Fälle auftraten. Vor allem war es ein Umstand, welcher der Übertragung der Malaria auf den Menschen eine Grenze setzte. Die Malaria mücken brauchen als Ruheplätze zwar trockene und zugfreie, aber schmutzige, dunkle, spinnwölbige Räume. Da nur infolge der Besserung der Wohnungsverhältnisse solche Orte in Wohnungen selten, dagegen häufig in Ställen sich finden, sind die Fiebermücken bei uns Stalltiere geworden und haben sich an das Saugen des Blutes der Haustiere gewöhnt, denen der Malariaparasit nichts anhaben kann. Da auch die Temperaturverhältnisse in den meisten Gegenden unserer Heimat, wenn sie auch die Entwicklung der Malaria parasiten ermöglichen, doch zu niedrig sind, um die Ausbreitung der Krankheit besonders zu begünstigen, so erklärt es sich, daß vor dem Kriege die Malaria bei uns fast ganz erloschen war und daß auch heute, trotzdem malariaerkrankte Heimkehrer in allen Teilen unserer Heimat wohnen, die unmittelbare Gefahr einer raschen Verbreitung dieser langwierigen Krankheit nicht gegeben erscheint. Aber es wäre andererseits verfehlt, die Möglichkeit der Entstehung von Malariaherden zu übersehen und die dagegen notwendigen Maßnahmen zu vernachlässigen. Wurden doch, wie meine Untersuchungen ergaben, in den letzten drei Jahren an mehreren Orten neuerworbene Fälle von Malaria beobachtet,

Verbandstag der Staats-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeangestellten.

Festhalten am Deutschen Gewerkschaftsbunde.

Der Verband der Staats-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeangestellten hielt am 27. und 28. August 1921 in Prag einen außerordentlichen Verbandstag ab. Der Verband ist als eine gewerkschaftliche Schöpfung der Nachkriegszeit im allgemeinen Aufstieg unserer Gewerkschaftsbewegung entstanden. Der Schaffung des Verbandes, welcher mit starker Hilfe der damaligen Landesgewerkschaftskommission aufgebaut wurde und dem Deutschen Gewerkschaftsbunde in der Tschechoslowakei angeschlossen ist, liegt der Gedanke zu Grunde, eine Organisation zu bilden, in der alle Berufe der öffentlichen Angestellten vereinigt sein können. Darin soll sich der Verband als moderne Gewerkschaftsorganisation vor allem von den früheren Vereinen der im öffentlichen Dienste stehenden Angestellten unterscheiden. Angesichts der Schwierigkeiten die diese organisatorische Tätigkeit begleiten, muß schon die anfängliche Entwicklung des Verbandes als eine günstige bezeichnet werden und der vorjährige erste Verbandstag konnte mit Recht in der Hoffnung einer weiteren günstigen Entwicklung und mit der Aussicht auf fruchtbare Arbeit seine Verhandlungen schließen. Der zweite Verbandstag aber fand nun geraume Zeit vor Ablauf der Tätigkeitsperiode statt, um über einige schwierige Fragen zu entscheiden, die sich im inneren Organisationsleben während des vergangenen Jahres eingestellt hatten.

Der Verbandstag setzte sich aus ungefähr 90 Vertretern, die etwa 8000 Mitglieder vertraten, den Mitgliedern des Verbandsvorstandes und der Kontrolle zusammen. Für die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahmen Abgeordnete Franz Grünzner und der Sekretär Franz Macoun teil. Vom tschechischen befreundeten Verbandsverband war ein Vertreter anwesend. Die Tagesordnung umfaßte in der Hauptsache die Berichte des Verbandsvorstandes, Statutenänderung und Beitragsleistung, die Forderung der öffentlichen Angestellten und ihre Stellung zu den Betriebsräten und Neuwahlen. Nach dem vom Verbandsobmann erstatteten Vorstandsbericht nahmen nach den Ausführungen über die gewerkschaftliche Tätigkeit, die beiden Fragen, Entlassung des Verbandssekretärs Rudolf Simm und das Verhältnis zur Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes einen breiteren Raum ein. Der Sekretär des Verbandes wurde nach dem bekannten Dezemberstreik, als er sich in einer von der kommunistischen Streikleitung in Reichenberg einberufenen Versammlung der öffentlichen Angestellten gegen den Streik im Sinne der Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes wendete, in einer kurz darauf abgehaltenen Sitzung des Verbandsvorstandes von seinem Amte als Sekretär suspendiert, weil er angeblich durch sein Auftreten gegen den Streik in der genannten Versammlung dem Verbandsobmann Schaden zugefügt habe. Später erfolgte dann in der Nachwirkung dieses Vorkommnisses die Entlassung des Verbandssekretärs Simm. Diese personale Angelegenheit führte auch in den Beratungen des Vorstandes zu scharfen Angriffen gegen die Zentralgewerkschaftskommission und zu Bestrebungen, die auf die Ablösung vom Deutschen Gewerkschaftsbunde abzielten. Diese Ereignisse haben schließlich in der Einberufung des außerordentlichen Verbandstages gemündet.

so u. a. von Stadtphysikus Dr. Maurer in Jglau, und ganz besonders in dem sumpfigen Gebiet um die Polauer Berge. Hier hat in den Jahren 1919 und 1920 der Distriktsarzt Dr. Reinitzer mehrere Fälle von Malaria bei Kindern festgestellt, die mit ihren älteren im Krieg gewesenem Brüdern beisammen wohnen. In solchen Gegenden, namentlich nach dem das Massenorkommen der Fiebermücken dort festgestellt worden ist, wird von Seiten der Sanitätsbehörde der Malaria besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Die Malaria ist seit 1918 angezeiglichtig. In allen festgestellten Fällen wäre die obligatorische und, wenn nötig, unentzliche Chinin-Behandlung durchzuführen. Wenn sich die Fälle in einer Gegend mehren, wären alle Malariaerkrankten in ein Malariahospital abzugeben, das nach Möglichkeit in einer Gegend zu errichten wäre, in der die Fiebermücken fehlen oder selten sind (Gebirgsgegend, Sudeten, Böhmerwald!). Vor allem würde es sich empfehlen, wenn auch bei uns, wie es in großzügiger Weise schon in Amerika, aber auch während des Krieges in Deutschland (z. B. in Elsfeld-Lothringen) geschehen ist, die Bekämpfung der Stechmücken im allgemeinen, der Fiebermücken im besonderen, organisiert würde. Beseitigung der Brutplätze, Entsumpfung, Vernichtung des Pflanzensouches, Abtötungen der Larven und der entwickelten Insekten in den Ställen und die wichtigsten Mittel der Bekämpfung. Es wäre an der Zeit, wenn sich Volk und Staat auf die kulturellen Aufgaben besäßen und wenn allmählich wenigstens ein Teil der für den Krieg und seine Vorbereitung verwendeten Mittel zur Heilung der durch ihn hervorgerufenen schweren Schäden herangezogen würde.

Der Berichterstatter des Verbandsvorstandes bemühte sich, festzustellen, daß für die Entlassung des Sekretärs noch wichtige andere Gründe maßgebend gewesen sind. Nach der Erstattung der Vorstandsberichte ergriff als erster der Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission Macoun das Wort, um zu den Ausführungen des Verbandsobmannes im Sinne des Deutschen Gewerkschaftsbundes Stellung zu nehmen. Er betonte zunächst, daß es selbstverständlich Sache jedes Verbandes sei, über die Entlassung von Angestellten der Organisation wegen mangelhafter Pflächterfüllung oder ungenügender Qualifikation zu entscheiden. Im vorliegenden Falle aber handelt es sich darum, daß die Suspendierung und spätere Entlassung des Verbandssekretärs aus einem Anlasse prinzipieller Natur erfolgte, der den Auffassungen aller übrigen Gewerkschaftsleitungen, die dem Deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossen sind, widerspricht. Die Enthebung und Entlassung des Sekretärs Simm deswegen auszusprechen, weil er einen Beschluß der Zentralgewerkschaftskommission in jenen schicksalsschweren Dezembertagen vertreten hat, muß als ein schweres Unrecht bezeichnet werden. Trotzdem hat die Zentralgewerkschaftskommission erst dann zu der Sache Stellung genommen, als sich Schwierigkeiten für die Verbandstätigkeit ergaben und nebst dem betroffenen Verbandssekretär auch endlich die Verbandsleitung durch den Obmann mit der Zentralgewerkschaftskommission in dieser bösen Angelegenheit Verbindung gesucht hat. Die Zentralgewerkschaftskommission hat dann ihre guten Dienste zu einer Vermittlung angeboten, um den schon vom Verbandsobmann geplanten Verbandstag zur Vereimigung dieser Angelegenheit zu vermeiden. Die Vermittlung der Zentralgewerkschaftskommission wurde durch einen Beschluß der Verbandsleitungsleitung unmöglich gemacht. Der Verbandsobmann sendete vielmehr eine Darstellung des Falles hinaus, die einseitig wirken mußte, während dem Verbandssekretär Simm die Aufnahme seiner Erklärung in Verbandsorgane verweigert wurde. Als ihr die Vermittlung unmöglich gemacht wurde, hat dann die Zentralgewerkschaftskommission, an welche schon eine größere Zahl Ortsgruppen sich um Aufschluß wegen des Falles Simm gewendet hatten, die Ortsgruppen des Verbandes von der Unmöglichkeit ihres Eingreifens verständigt. Macoun besprach dann, wie sich auf der einen Seite die Entlassung des Sekretärs Simm und die Ausschließung gegen die Zentralgewerkschaftskommission unter teilweise kommunistischen Einflüssen entwickelten, während sich von anderer Seite diese Gelegenheit benützend, reaktionäre Bestrebungen für die Ablösung vom Deutschen Gewerkschaftsbunde, für die Ausscheidung des Verbandes aus der modernen Gewerkschaftsbewegung geltend machten. Die letzteren fanden ihren Höhepunkt in einem Artikel der Mainumner dieses Jahres im Verbandsorgan „Der Neue Weg“. Der Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission bearbeitete eingehend, daß es sich seiner Körperschaft nicht um die Vertretung einer persönlichen Angelegenheit, sondern um die Stellung des Verbandes zu wichtigen prinzipiellen Beschlüssen in der besprochenen Frage und auch zu späteren Beschlüssen der Vorstandskonferenz handelte. Er bittet in Erinnerung des vorjährigen Beschlusses den Verbandstag, klar zu entscheiden, ob der Verband weiter im Deutschen Gewerkschaftsbunde zu verbleiben habe. In der Debatte verteidigten die Delegierten Hannig und Trostel die Haltung des Verbandsvorstandes, während die Ausführungen aller übrigen Delegierten sich im Sinne der Ausführungen des Vertreters der Zentralgewerkschaftskommission bewegten. Es wurde eine 10gliedrige Kommission zur Beratung des Falles Simm-Deutscher Gewerkschaftsbund eingesetzt, die dem Verbandstag bestimmte Vorschläge zu erstatten habe. Hierauf erfolgte die Verhandlung des Punktes „Statutenänderung“, zu welchem Kreichel das Referat erstattete, wonach in reger Debatte eine Reihe zweckmäßiger Änderungen des Statuts beschlossen wurden.

An zweiten Verhandlungstage wurde in Anstellung der Tagesordnung zunächst der Punkt „Die Forderungen der öffentlichen Angestellten“ behandelt und gleichzeitig mit dem Punkte „Betriebsräte“ verbunden. Für den Verbandsobmann erstattete Sekretär Werner das Referat, worauf der Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission Abgeordneter Grünzner zu den im Referat aufgestellten Forderungen eingehend Stellung nahm und dabei in interessanter Darlegung die Forderungen der öffentlichen Angestellten in den parlamentarischen Verhandlungen, insbesondere den Gang der Dinge im Staatsangestellten-Ausschuß besprach. Redner sprach aber auch aus der Fülle seiner Erfahrungen über die Praxis der gewerkschaftlichen Organisationen der öffentlichen Angestellten und legte dem Verbandstage nahe, den Gedanken einer Gesamtorganisation nicht nur vom Standpunkte, allen Gruppen Konzessionen zu machen, zu behandeln sondern sich darauf einzurichten, daß der Verband als der einzige, der sich in die Gesamtorganisation der freien Gewerkschaften einreicht hat, die Führung innehaben soll. Er erteilte dann noch die Notwendigkeit als gemeinsamen Kampfes mit der Arbeiterschaft um das System der Betriebsräte. Die Ausführungen des Abgeordneten Grünzner wurden mit großer Aufmerksamkeit angehört und am Schluß von lebhaftem Beifall begleitet. Hier-

auf erstattete die Kommission, welche zur Entscheidung des Falles Simm, Deutscher Gewerkschaftsbund eingesetzt war, ihren Bericht. Die Kommission hatte zunächst die Entlassungsgründe der Verbandsleitung, die außer dem Dezemberstreik von der Verbandsleitung angeführt wurden, auf das sorgfältigste geprüft, dann die Frage der Entlassung aus dem Anlasse des Vorganges am 13. Dezember und schließlich die daraus entstandenen Differenzen zwischen der Verbandsleitung und dem Deutschen Gewerkschaftsbunde. Das kurz wieder gegebene Ergebnis der Kommissionsberatung war: 1. Die angeführten Gründe, die aus der organisatorischen und administrativen Tätigkeit des Sekretärs Simm entspringen, sind nicht hinreichend, um die Entlassung auszusprechen. Einige der angeführten Fälle fallen auch nicht in das Gebiet der Verbandstätigkeit. 2. Als Hauptgrund der Entlassung mußte die Kommission das Verhalten Simms während des Generalstreiks, bzw. in der Reichenberger Versammlung am 13. Dezember 1920 erkennen und kam zu der entgegengesetzten Auffassung wie die Verbandsleitung, daß die Stellungnahme Simms nicht nur keine Schädigung des Verbandes bedeutete, sondern im Interesse der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation gehalten war. — Daher muß die Kommission dem Verbandstage vorschlagen, die Entlassung nicht gutzuheißen. Die im Falle dieses Beschlusses sich ergebenden Folgerungen werden der neuen Verbandsleitung zur Behandlung und Entscheidung übertragen. 3. Die Kommission spricht sich für das Festhalten im Deutschen Gewerkschaftsbunde aus, was nicht nur eine Formsache sein darf, sondern auch in der Anerkennung der Grundsätze und Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes seinen Ausdruck finden muß. Die Annahme dieses neuerlichen Beschlusses verpflichtet die Verbandsleitung bzw. das Verbandsorgan auch zur Veröffentlichung der Beschlüsse der Vorstandskonferenzen, was in der letzten Zeit in einem sehr wichtigen Maße nicht geschehen ist. Ueber die Vorschläge der Kommission wurde getrennt abgestimmt. Die Anträge über die Entlassung Simm wurden mit 42 gegen 32 Stimmen angenommen. Der Beschluß über das Verbleiben im Deutschen Gewerkschaftsbunde wurde einstimmig vom Verbandstage angenommen. Hierauf erfolgten die Neuwahlen. Die Wahlkommission hat gemäß dem Auftrage, den Verbandsobmann nur noch zum Teil aus Angehörigen der Reichenberger Ortsgruppe zusammenzusetzen, ihre Kandidatenliste aufgestellt, auf welcher trotz des angeführten Beschlusses eine Anzahl der bisherigen Reichenberger Vorstandsmitglieder mit dem bisherigen Verbandsobmann standen. Die Vorschläge der Wahlkommission wurden vom Verbandstage einstimmig angenommen. Nach der Wahl aber lehnten die aus Reichenberg gewählten Mitglieder die Wahl ab. Die Wahlkommission mußte ihre Vorschläge erneuern. Sie erstattete dann ihren zweiten Bericht und wiederholte dann auch den Antrag, die Wahl des Verbandsobmannes und seiner Stellvertreter der konstituierenden Sitzung der Verbandsleitung zu überlassen. Der als Vorsitzender fungierende Verbandsobmann stimmte aber dann nur noch über den Gesamtorschlag der Wahlkommission ab und erklärte, daß er nun den Vorst niederlege. Er richtete noch Abschiedsworte vornehmlich an jenen Teil der Delegierten, die bei den entscheidenden Beschlüssen auf der Seite des Verbandsvorstandes standen und verließ dann, nachdem ihm auch seitens des Verbandes der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen worden war, gefolgt von den früheren Mitgliedern des Verbandsvorstandes den Verbandstag. Nachdem durch diese Handlung die Fortsetzung des Verbandtages in Frage gestellt war, forderte der Vorsitzende der Wahlkommission zur Wahl eines Vorsitzenden für den Rest des Verbandstages auf. Sämtliche Teilnehmer zeigten auch den einheitlichen Wunsch, durch die vorangegangene Episode den Verbandstag nicht frühzeitig auseinandergehen zu lassen und wählten den Delegierten Bösmüller-Gablonz zum Vorsitzenden. Dieser führte in rascher Reihenfolge die noch vorliegenden Geschäfte des Verbandstages der Erledigung zu, vornehmlich die mit großer Mehrheit angenommene Erhöhung der Verbandsbeiträge. Inzwischen war die Wahlkommission auf Grund der geschaffenen Situation nochmals zusammgetreten und schlug als Ergebnis ihrer Beratung am Schluß des Verbandstages zum Verbandsobmann Wenzel Bösmüller-Gablonz vor. Die Wahl ergab die vom Verbandstage mit lebhafter Zustimmung begleitete einstimmige Wahl des neuen Verbandsobmannes. Dieser erklärte in einer kurzen, wirkungsvollen Ansprache, daß er die Notwendigkeit erkennend, die Wahl annehme und seine Kräfte dazu verwenden werde, die Leitung des Verbandes mit Hilfe der übrigen Funktionäre auf den Weg einer guten, klugen gewerkschaftlichen Tätigkeit zu bringen. Dann wurde der Verbandstag mit einem Hinweis auf die ereignisvollen Verhandlungen geschlossen.

Ueber den Verbandstag hat auch die kommunistische Parteipresse einen Bericht gebracht. Der Reichenberger „Vorwärts“ beschäftigt sich in der Besprechung des Verbandstages hauptsächlich damit, daß die wichtigsten Verhandlungspunkte in „der blinden Angst der Zentralgewerkschaftskommission vor dem Kommu-

„nismus“ beraten wurden und daß der Kampf gegen die Vorkriegsbestrebungen des Verbandes vom Deutschen Gewerkschaftsbunde Sponsoringseher sei. Wir brauchen nichts anderes zu tun, als auf die Berichterstattung im „Vorwärts“ zu verweisen, um glaubwürdig zu machen, wie richtig es ist, daß gerade im Vorstande dieses Verbandes, der es am wenigsten vertragen kann, kommunistische Methoden eine bestimmte Rolle spielen. Wenn dem Berichterstatter des „Vorwärts“ über den Verbandstag daran gelegen ist, noch nähere Erklärungen dafür zu haben, kann damit auch gedient werden. Die neuerliche schiefe Bemerkung über den Begriff „unpolitische Gewerkschaften“ wundert uns beim „Vorwärts“ nicht weiter. Genosse Grünzner hat das gesagt, was jeder Gewerkschafter, der die Fragen versteht, seit langem sagt und was auch richtig ist: Daß die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern kein unmittelbares Parteibekanntnis verlangen, daß die Gewerkschaften als Organisation unabhängig von der politischen Partei ihre Tätigkeit ausüben, daß aber bei ihrer Tätigkeit, besonders in den höheren Fragen der Gewerkschaftsbewegung, die Gewerkschaften ideell und sachlich mit der sozialistischen Parteipolitik verbunden sind. Der „Vorwärts“ legt den Begriff „unpolitische Gewerkschaften“ aber gerade so falsch aus, wie jene Kreise der öffentlichen Angestellten, die wegen der Verfeinerung dieses Begriffes sich noch nicht zum Eintritt in den Verband entschließen können, der sich in die freie Gewerkschaftsbewegung eingereiht hat. Die Weglassung einiger nicht unwichtiger Einzelheiten und kleine Mißhandlungen der Wahrheit bei manchen Stellen des kommunistischen Verbandstagsberichtes finden in unserem vorstehenden Berichte ihre Richtigstellung.

Der internationale Genossenschaftskongress in Basel.

Während die politische und gewerkschaftliche Internationale der Proletarier aller Länder gespalten ist, dem internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam in letzter Zeit eine kommunistische Zentrale gegenübersteht, die politische Internationale sogar in drei Gruppen zerfällt, ist als einzige die internationale Genossenschaftsbewegung bisher einheitlich geblieben. Auch der internationale Genossenschaftskongress, der vom 23. bis 25. August in Basel tagte, hat an der Einheit der Genossenschaftsinternationale nicht gerüttelt.

Die Idee, Genossenschaftler verschiedener Länder in einer gemeinsamen Organisation zusammenzufassen, ist mehr als ein halbes Jahrhundert alt. Schon auf dem ersten allgemeinen Kongress der britischen Genossenschaften, welcher im Jahre 1869 stattfand, hat eine größere Anzahl ausländischer Genossenschaftler, Deutsche und Franzosen, Dänen und Schweizer, teilgenommen. Immerhin dauerte es noch mehr als zwei Jahrzehnte, bevor eine internationale genossenschaftliche Organisation entstand. Am 19. August 1895 wurde der internationale Genossenschaftsbund konstituiert. Seitdem versammelten sich die Genossenschaftler aller Länder öfters zu Beratungen: so 1898 in Paris, 1907 in Delft (Holland), 1900 anlässlich der Weltausstellung wiederum in Paris, 1902 in Manchester, 1904 in Budapest, 1907 in Cremona, 1911 in Hamburg und 1913 in Glasgow, wo eine Entschlieung für den Frieden angenommen wurde, in der ausgesprochen wurde, „daß ein Krieg nicht nur die unterlegenen Nationen schwächt, sondern in gleicher Weise den Sieger.“ In Glasgow wurde beschlossen, den nächsten Kongress 1915 in Basel abzuhalten, die große europäische Katastrophe bewirkte jedoch, daß erst 1921 ein internationaler Kongress zusammentrat. Zwar sind die Beziehungen unter den Genossenschaftlern aller Länder durch den Krieg eigentlich niemals unterbrochen worden, — im Gegensatz zur sozialistischen Internationale — aber es dauerte auch hier längere Zeit, bis die Voraussetzungen zu einem internationalen Kongress gegeben waren.

Auf dem jüngst stattgefundenen Kongress wurde eine Reihe wichtiger, für die Genossenschaftsbewegung entscheidender Fragen verhandelt, die der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung neuen Antrieb geben werden. Zunächst ersattete der internationale Sekretär seinen Bericht über die Tätigkeit des Genossenschaftsbundes seit dem letzten internationalen Kongress, woraus hervorging, daß der Bund 42.650 Genossenschaften mit 24.295.520 Mitgliedern umfaßt, daß also — die Familienmitglieder mit eingeschlossen — etwa 70 Millionen Menschen von der genossenschaftlichen Organisation erfasst sind. In der Debatte über den Bericht kam es zu einer Auseinandersetzung über die Frage der Vertretung der russischen Konsumvereine. Als die rechtmäßigen Vertreter des allrussischen Verbandes sahen sich Genossenschaftler an, die bei der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Bolschewiki eingekerkert, später freigelassen wurden und nun gezwungen sind, im Ausland zu leben. Dem gegenüber betonten die Vertreter des Zentrosobus, daß niemand anderer das Recht habe, die russischen Genossenschaftler zu vertreten, als sie und der Kongress beschloß auch, die Letzteren als die Vertreter der russischen Genossenschaftsbewegung anzuerkennen. In den Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes wurde unter anderem auch der bekannte Vertreter der Sowjetregierung in London, K r a s s i n, gewählt.

Ueber die Revision der Masgower Friedensresolution berichtete der französische Genossenschaftler Charles G i d e. Die Resolution wurde in der Richtung ausgebaut, daß es jedem Genossenschaftler zur Pflicht gemacht wird, nicht nur für die organisatorische und wirtschaftliche Entwicklung der Vereine unausgesetzt tätig zu sein, sondern auch die staatlichen Faktoren des Genossenschaftswesens gegen jede gewalttätige Auseinandersetzung zwischen den Völkern, ebenso gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung auch nur eines unter ihnen bei jeder erwünschten Gelegenheit geltend zu machen.“ Bedeutsam ist es auch, daß in der angenommenen Resolution zunächst die Beschränkung der Militärlasten auf das notwendigste Maß und zugleich verlangt wird, die vollständige Abrüstung aller Staaten zu Land und zu See in die Wege zu leiten. Ein Fortschritt, der für die gesamte internationale Arbeiterbewegung von Bedeutung ist, erscheint uns die Feststellung, daß es der Internationale Genossenschaftsbund als notwendig erachtet, „die Genossenschaftler aller Länder, selbst diejenigen, die sich als Opfer eines ungerechten Angriffs betrachten“, aufzufordern, sich zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen, um den „wichtigen führenden Mächten den Abbruch der Kämpfe durch Schiedsgerichtsentscheidungen aufzuzwingen. Es wurde also grundsätzlich mit der Ideologie der Landesverteidigung gebrochen und beschlossen, auf jeden Fall sich gegen neuerliche Kriege zu wehren, selbst wenn man dem angegriffenen Lande angehört.

Zu einer Auseinandersetzung kam es, als es galt, die Stellung des internationalen Genossenschaftsbundes zur allgemeinen Wirtschaftspolitik festzulegen. Während der französische Genossenschaftler Albert T h o m a s die Möglichkeit mäßiger Schutzzölle zulassen wollte, setzten sich die deutschen Delegierten, insbesondere Genosse Dr. K e n n e r, für den Freihandel und den unbehinderten wirtschaftlichen Verkehr zwischen allen Nationen und Staaten ein. In der zu diesem Punkte angenommenen Resolution wurde auch eine Kontrolle über die internationalen Monopole und Truste verlangt und der Kongress sprach den Wunsch aus, der Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes solle so bald als möglich ein internationales statistisches Amt einrichten, das damit beauftragt wird, alle zweckdienlichen Erhebungen über Erzeugung, Vorräte und Bedürfnisse der verschiedenen Länder zu sammeln und zu veröffentlichen. Von Interesse ist auch, daß sich der Kongress dafür aussprach, daß innerhalb jeden Landes zwischen den organisierten Verbrauchern und den Vereinigungen der landwirtschaftlichen Erzeuger ein inniges Verhältnis hergestellt werde, das auch international ausgebaut sei.

Eine Frage, die in der Diskussion vor dem Zusammentritt des Kongresses eine große Rolle spielte, war die Errichtung einer internationalen Großeinkaufsgesellschaft. Es wurde vorläufig beschlossen, daß die englische Großeinkaufsgesellschaft mit der Agenda einer internationalen Großeinkaufsgesellschaft betraut werde, daß aber später ein internationaler Verband der Großeinkaufsgesellschaften als Kapitalgesellschaft, registriert in England, zu errichten sei. Diese soll dadurch in organisatorische Beziehungen zum internationalen Genossenschaftsbund gebracht werden, daß eine gemischte Kommission bestehend aus je drei Mitgliedern beider Körperschaften über gemeinsame Angelegenheiten verhandelt.

Schließlich wurden noch einige kleinere Resolutionen angenommen, von denen die eine, das enge Zusammenarbeiten von Genossenschaften und Gewerkschaften betont. Eine andere verlangt die Demokratisierung des Völkerbundes eine dritte eine Vertretung der organisierten Konsumenten im internationalen Arbeitsamt. Ueber die Vorgänge, die sich bei der Beratung über eine Entschlieung abspielten, die sich gegen den ungarischen weißen Schrecken wendet, haben wir bereits berichtet.

So ist die genossenschaftliche Internationale aus diesem Kongress gestärkt hervorgegangen und es war bezeichnend, daß gerade der Vertreter der reichsdeutschen Genossenschaften, Genosse K a u f m a n n, auch von den Delegierten der Entente-Länder, mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, als er die Rednertribüne betrat. Zum Präsidenten des Bundes wurde der Holländer S o e d h a r t gewählt, ein Mann, der sich während des ganzen Krieges bemüht hat, die Fäden, die sich zwischen den Genossenschaftsbewegungen der einzelnen Länder spannen, nicht zerreißen zu lassen. In seiner Wahl zum Präsidenten des internationalen Genossenschaftsbundes haben die Genossenschaftler aller Länder zum Ausdruck gebracht, daß ihnen der Gedanke der Internationalität der höchste ist. In den vielen traurigen Erscheinungen der Gegenwart, in denen die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommt, ist der Genossenschaftskongress Trost und Hoffnung zugleich, daß die internationale Solidarität siegreich hinwegschreitet über die Ruinen des Hasses, die aus dem Kriege noch immer in unsere Zeit hinübertagen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Sturmzeichen im Ostau-Karwiner Revier. Die Organisation der Bergarbeiter in Mähr.-Ostau haben den Unternehmern den Entwurf zu einem neuen Kollektivvertrag vorgelegt. Darin wird vor allem die sechsständige Arbeitszeit am Samstag und die Beibehaltung der bisherigen Höhe des Durchschnittsverdien-

stes gefordert. Ferner verlangen die Bergarbeiter die Beibehaltung der bisherigen Beleidigungsbeiträge und der Kinderzulagen sowie eine Regulierung des Quartiergehldes. Das Hauptargument der Unternehmer ist, daß die Durchschnittsleistung der Bergarbeiter gegenüber dem Jahre 1918 gesunken ist, woraus die Direktoren die Berechtigung einer Lohnherabsetzung ableiten. Die Fadscheinigkeit dieses Argumentes lehrt der Bericht eines kapitalistischen Blattes, der „Bohemia“, worin mitgeteilt wird, daß die Kohlenförderung im Ostau-Karwiner Revier in der letzten Augustwoche 1.632.055 Mtz. betragen habe, demnach gegen die Vorwoche um 449.357 Mtz., also um fast 30 Prozent gestiegen sei. Die „Bohemia“ selbst bemerkt dazu, daß dies „ein Zeichen der erhöhten Leistungsfähigkeit der Arbeiter sei.“ Die Unternehmer wollen also, wie sie sagen, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhöhen, das heißt, der Arbeiter soll das Letzte aus sich herauspressen, um nur den Unternehmern ihre setten Gewinne zu sichern. In Wirklichkeit leisten die Bergarbeiter, wie der Bericht der „Bohemia“ zeigt, das Menschenmögliche, sie werden es nicht dulden, daß bei steigenden Leistungen die Löhne herabgesetzt werden. Wenn die Unternehmer den Kampf haben wollen, so werden sie die Bergarbeiter des Ostau-Karwiner Reviers gerüstet finden, wie eine Reihe von Kundgebungen in der letzten Zeit bezeugt.

Der Textilarbeiterstreik in Grottau. Wir haben gestern darüber berichtet, daß die aus ihrer Gewerkschaft ausgegetretenen Grottauener Textilarbeiter in den Streik getreten sind. Die Union der Textilarbeiter hat eine Mitwirkung bei diesem Streik abgelehnt und beschlossen, daß der geltende Tarifvertrag am 1. September nicht zu kündigen ist. „Es sprechen“, heißt es in einer Kundmachung der Union, „eine Reihe wichtiger Gründe dafür, daß wir noch eine zuwartende Haltung einnehmen, bis wir vollständig klar die Situation auf dem Lebensmittelmarkt und den Beschäftigungsgrad in unserer Textilindustrie überblicken können.“ Selbstverständlich zog der kommunistische Reichsberger „Vorwärts“ gegen die Union der Textilarbeiter los, sprach seine alten Beschäftigungsformeln von den „Sozialverrätern“, die bei diesem Streik nicht mittun wollen und rief die Arbeiter zum Kampf auf. In der Nummer vom 1. September aber weiß der „Vorwärts“ mit gewohntem Geschick und Gesinnungslosigkeit plötzlich um zu lenken. Er fängt wie es im kommunistischen Sprachschah heißt, „zu bremsen“ an. Er schreibt: „Gerade die Erkenntnis aber, daß der Grottauener Kampf nicht als isoliert auffassend, als eine lokale Erscheinung gewertet werden darf, sondern als ein Symptom allgemeiner Unruhe und Kampfeslust im gesamten Proletariat der Republik, setzt dem mit so viel Helddemut geführten Kampf der Grottauener Genossen die Schranken... Die Forderungen der Grottauener Textilarbeiter sind mehr als gerecht... aber sie sind nicht geeignet, größere Arbeitermassen auf ihrer Plattform zu vereinigen.“ Der „Vorwärts“ sagt also nunmehr dasselbe wie die Union der Textilarbeiter. „Erst beschimpft er maßlos die Organisation der Textilarbeiter, dann aber bläst er zum Rückzug, nachdem jedes Kind sieht, daß ein Streik unter Umständen, wie er in Grottau begonnen wurde kaum siegreich beendet werden kann. Die Haltung des „Vorwärts“ wird die Arbeiterschaft darüber ausklären, wie unehrlich die in aller Welt hinausgeschrieenen Parolen der Kommunisten sind, daß die Kommunisten diese Parolen selbst nicht ernst nehmen, weil sie diese später selbst ver-raten.“

Die deutschen Gewerkschaften 1920. Dem „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ entnehmen wir, daß die Zahl der im Deutschen Gewerkschaftsbunde organisierten Arbeiter auch im Jahre 1920 gestiegen ist. War das Jahr 1919 gekennzeichnet durch eine stürmische Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften, so stand das verfloßene Jahr im Zeichen der Befestigung des gewaltigen Wachstums. Am 31. Dezember 1919 betrug die Anzahl der Mitglieder 7.347.354, davon 1.615.999 weibliche. Am Ende des Jahres 1920 stieg die Anzahl der Mitglieder auf 8.052.682, davon weibliche 1.697.939. Dem Gewerkschaftsbunde waren im ganzen 59 Zentralverbände angeschlossen, deren Gesamtannahmen 747.114.439 Mark und deren Ausgaben 543.814.615 Mark betragen. Der Vermögensnachweis ist leider nicht vollständig, da der große Metallarbeiterverband und auch der Landarbeiterverband keine Angaben über ihre Bestände machten. Die übrigen Verbände weisen zusammen einen Kasstand von 268.469.522 Mark auf.

Deutsch-Italienisches Handelsabkommen. Vor einigen Tagen hat Deutschland mit Italien ein Handelsabkommen abgeschlossen, dessen wesentlicher Inhalt die gegenseitige Erleichterung in der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen beider Staaten ist. Das Abkommen bedeutet keine Abänderung der bestehenden Zölle, es wurde vielmehr nur vereinbart, daß die gesetzlichen Bestimmungen im Handelsverkehr zwischen Deutschland und Italien wohnwollend angewendet werden sollen. Die beiden Regierungen verpflichten sich, keinerlei Verfügungen zu treffen, wodurch die sich aus dem Abkommen ergebenden Vorteile ganz oder teilweise wieder aufgehoben werden.

Deutschland erhält Konzessionen in Grusnien. „East Europe“ meldet, daß die Vertreter Deutschlands und Grusniens einen Vertrag unterschrieben haben, wonach die Deutschen die Konzessionen zur Ausnützung der Wälder in Grusnien erhalten. Die Konzession gilt auf 40 Jahre. Die Deutschen verpflichten sich, in den Wäldern Grusniens Parkett- und Furnierfabriken zu errichten, weiters ein Elektrizitätswerk von 300.000 Pferdestärke und der Sowjetregierung von den fertigen Erzeugnissen 15—20 Prozent abzuliefern.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika dauert weiter an. Es ist zwar eine gewisse Verbesserung der Lage in der Textilindustrie eingetreten, dagegen sind die Verhältnisse in der Metallindustrie schlechter geworden. Es ist interessant, daß, so wie bei uns, die Textilindustrie und die Bauindustrie in Amerika gegenwärtig mehr zu tun haben, während die Metallindustrie den Tiefpunkt der Krisis noch nicht überschritten hat. Auch im Bergbau sind die Verhältnisse ähnlich wie bei uns. Die schlechteren Kohlen-sorten gehen nicht, die Produktion geht zurück, dagegen hat sich die Produktion der besseren Kohlen-sorten, insbesondere des Anthrazit, gehoben.

Erhöhung des Papierpreises in Deutschland. Aus Berlin wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den Zeitungsverlegern und den Zeitungsbundpapierfabriken führten zu einem Ergebnis. Der Papierpreis wird für die Zeit vom 31. Oktober bis 31. Dezember d. J. um 17.50 Mark für 100 Kilogramm, also durchschnittlich auf rund 348 Mark erhöht.

Der Wert der Krone. Es kosten heute: 100 holländische Gulden 2663.50, 100 deutsche Mark 95.50, 100 schweizer Franken 1428.50, 100 italienische Lire 374.—, 100 französische Franken 653.50, 1 englischer Pfund 311.—, 1 Dollar 82.50, 100 serbische Dinars 180.50, 100 rumänische Lei 95.50, 100 bulgarische Lev 7.—, 100 Wiener Kronen 7.02½, 100 polnische Mark 2.35, 100 süßlawische Kronen 45.10, 100 ungarische Kronen 20.60.

Russischer Hilfsfonds.

Sammelauweis Nr. 3. (26. August 1921 bis 1. September 1921.) Union der Bergarbeiter, Teplitz-Schönan (1. Rate) K 25.381.10, Sekretariat der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei 20.—, Gewerkschaft der Tabalarbeiter, Ortsgruppe Tachau 500.00, Arbeiterturnverein, Proschwitz 100.—, Gewerkschaft der Tabalarbeiter, Ortsgruppe Jglau 737.50, Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, Bezirksorganisation Weipert 200.—, Franz J. Fellingbauer, Weipert (für August) 20.—, Union der Bergarbeiter, Teplitz-Schönan 59.249.79, Tante und Loos, Mähr.-Ostau 762.—, Tante und Loos, Troppau 667.—, Gewerkschaft der Maurer, Nitshin 500.—, Gewerkschaftskommission Gohlzou 100.—, Sekretariat der tschechoslowakischen sozialistischen Partei, Prag II 1000.—, Angestellte der Firma Spital, Karolinental 160.00, Arbeiter-schaft der Firma Dancl, Karolinental 7440.—, N. Weidrich, Tabakfabrik Landskron 1.782.—, Arbeiter-schaft der Tabakfabrik Landskron 200.—, Tabalarbeiter, Bantich 1111.—, Sozialistische Kulturvereinigung, Suchbasta 500.—, Sozialdemokratische Organisation, Wisofhan 556.10, Arbeiter-schaft der Firma Walbes u. Ko. 3.420.28, Verein „tschechischer Auswanderer“, Guesnein bei Douai, Frankreich 2.510.—, Organisation der tschechoslowakischen Kleinlandwirtschaftlichen Arbeiter, Gifsta 50.—, Organisation der Tabalarbeiter, Jglau 608.90, Verband der Arbeiter in Gewerbe und Industrie, Ortsgruppe Jauernig 55.—, Klub der Abgeordneten der tschechoslowakischen sozialdemokr. Arbeiterpartei 14.400.—, Dazu bereits ausgewiesen 43.062.10, Summe 166.083.97.— Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Nachdruck ersucht.

Bildungsarbeit.

Eine Kreisbildungskonferenz in Troppau findet Sonntag, den 4. September statt. Diese Konferenz soll sich mit der Regelung des Bildungswesens in der kommenden Zeit beschäftigen und den mit der Durchführung des Bildungswesens betrauten Genossen Ratsschläge und Hilfsmittel geben. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Bezirks-Arbeiterschulen und Fortbildungsklassen, 2. Vorträge und Vorlesungen, 3. Lichtbildervorträge, 4. Ausgestaltung und Benutzung der Bibliotheken, 5. Sonstige Bildungsmittel.

Aus der Partei.

Eine erweiterte Bezirkskonferenz für Ostschlesien findet am 8. September in Karwin statt. Zusammenkunft der Prager Vertrauensmänner und Ausschussmitglieder Samstag abends 9 Uhr im Goldenen Kreuzel, Prag, Melaganta. Einberufung des Verbandstages nach Teplitz. Der Vorstand des Sozialistischen Jugendverbandes für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik (Sitz: Teplitz-Schönan) hat beschlossen, für die Zeit vom 10. bis 12. September 1921 nach Teplitz-Schönan, Raiffeub-Veranda, den ersten ordentlichen Verbandstag einzuberufen und schlägt hierfür folgende Tagesordnung vor: 1. Berichte: a) des Verbandsvorstandes und des Verbandssekretariats (Berichterstatter Paul); b) der Redaktion (Berichterstatter Hoffbauer); c) der Verbandskontrolle (Berichterstatter Gohlbach); 2. Unser Programm (Referent Hoffbauer); 3. Die Jugendinternationale (Ref. Heinz-Wien); 4. Die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterjugend (Referent Gode); 5. Unsere künftigen Aufgaben (Referent Paul); 6. Wahl des Verbandsvorstandes und der Verbandskontrolle; 7. Allgemeine Anträge.

Der Verbandstag setzt sich aus den von den Mitgliedern gewählten Delegierten, dem Verbandsvorstand, dem Obmann, dem Obmannstellvertreter der Verbandskontrolle zusammen. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Außerdem hat jede Kreisleitung das Recht, einen stimmberechtigten Delegierten zu entsenden. Die Wahl der Delegierten erfolgt auf Kreis- und Bezirkskonferenzen.

Theaternachrichten

Neues Theater. Heute 10 Uhr Nachtvorstellung der „Farrhauskomödie“. Morgen nachmittag Gastspiel Lepi Gläner-Kramer „Das Sperrefeserl“, abends die Operette „Der Tanz ins Glück“ (Ab. ausg.). „Die Scheidungsreise“, der Operettenschwanz von Hugo Herrsch, wird Samstag und Sonntag, den 11. September zum ersten Mal aufgeführt.

Gastspiel Aline Sander — Richard Kubla. Montag (Ab. ausg.) „Carmen“ mit Kommerzfängerin Aline Sander in der Titelrolle und Richard Kubla als Don Jose.

5. Philharmon. Konzert. Heute 7 Uhr. Dirigent Dr. Heinrich Jalowes. Programm: Mozart: Rotturmo für 4 Streichorchester, Mahler: Kinderlied (Ges. Max Klein) und 4. Symphonie (Solo Maria Müller). Das Orchester des Deutschen Landestheater.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die chemische Fabrik „Libenia“, Prag VIII., schreibt für die Konsumenten der „Libenia“-Schubcreme, „Libia“-Metallputzmittel, „Libenia“-Waschblau

100 Gewinne

aus: Haupttreffer K 1000.— entfällt auf die Marke Nr. 100.
II. Treffer K 500.— entfällt auf die Marke Nr. 50.
Acht III. Treffer a K 250.— entfallen auf die Marken Nr. 10, 20, 30, 40, 60, 70, 80, 90.
90 kleinere Treffer bestehend aus einer Schabputz-Kaewette, Bürste, Flauch, Creme usw. entfallen auf die übrigen Marken.

Die Verlosung wird folgend geschehen: In eine jede tausendste Dose „Libenia“-Schubcreme, „Libia“-Metallputzmittel, „Libenia“-Waschblau, wird vor Versenden auf den Boden der Dose eine Marke mit Nummer versehen gelegt, welche mit Angabe der genauen Adresse an die chemische Fabrik „Libenia“, Prag VIII., einzusenden ist, worauf der betreffende Treffer umgehend eingesandt wird.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen

Amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen

A. Kominik, Prag II., Renoluční 6, Telefon 0514-VIII.

Neu-, Zu- und Umbauten
für Privat, Gemeinden, Industrie und Landwirtschaft.
Projektverfassung u. Bauleitung für alle Bauarbeiten.
Baukontrolle während der Ausführung.
Revisionen der Abrechnungen für hier und auswärts übernimmt Firma
Robert Beutel, Baumeister
Aussig, Goethestrasse 15.
Telephon 691/VIII. Gegenüber der Hauptpost.

Speziallacke, Farben
sowie Staufferfett, Huntfett, Vaseline schwarz und gelb, Raupenleim nach amer. System etc. und andere chem.-techn. Produkte liefert zu äussersten Preisen in Ia. Qualität
HIERSCHE & CO.,
Fabrik chemisch-technischer Produkte
Telef. 727 NESTOMITZ a. E. Telef. 727

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Zeitungs-ausschnitte. Artikel u. Inserate über alle Geschäfts- u. Wissensgebiete. Tägliche Kontrolle von über 1000 Zeitungen.
The International Spectator Prag II., Panská 9.
Zuverlässig, rasch, diskret, billig. Uebersetzungen in alle Sprachen.

Optiker Deutsch
Graben 25 Prag II. Bazar
10 Moderne Brillen, Zwicker, Reisszeuge.

Restaurant „Goldenes Kreuzel“
Prag II., Nekázanka 7.
Bürgerliche Küche, erstkl. Biere u. Weine.
Schenswürdigkeit Prags: „Kreuzelkeller“.

ALLE UNSERE KONSUMVEREINE FÜHREN NUR ERSTKLASSIGE QUALITÄTSMARKEN!



FÜHRENDE WELTMARKE!



GARANTIERT ROSTFREI!

NIE VERSAGEN! WERTVOLLE KUPONS!

WALDES NADLERWAREN:

HAARNADELN, NAH-, STECK-, SICHERHEITSNADELN, STRICK- UND HÄKELNADELN, FINGERHÜTE, HAKEN UND AUGEN ETC.

Teplitzer Arbeiter-Bäckerei
Der klassenbewusste Arbeiter bezieht sein Brot ausschliesslich aus der Teplitzer Arbeiter-Bäckerei
Freibrot vorzügl. Qualität, der Laib 7 Kronen
1.40 Kilogr. schwer, kostet
und ist das beste und billigste Brot.
Erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereines Teplitz-Schlönau. Vereine erhalten Spezialofferte.

* Alle unsere Konsumvereine führen nur DAS BESTE! *

ZIGARETTENPAPIER
feinster Qualität
ZIGARETTENHÜLSEN
mit zum Patent ang. Nikotinfänger *



mit wertvollen Gewinnanteilscheinen. 24

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag Wysočan

BÜRSTEN,
Anstreich- u. Rasierpinsel in erstkl. Ausführung nach Nürnberger Art liefert direkt an Konsumvereine und Oewerkschaften
S. ADLER, 6
Bürsten-, Pinsel- u. Holzwarenfabrik Ges. m. b. H. Markt Eisenstele, Böhmerwald.
Frische Preiselbeeren
in 5 kg Postkistchen liefert zum äusserst. Tagespreise 7
Josef Červený, Klattau 4, Böhmerwald.

Kassen
feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Safes und Kassetten liefert billigst renommierte Firma
Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag
Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 748

Meva
Aktien-Gesellschaft für Metallwaren-Industrie Prag-Smichov
Liefert für unsere Konsumvereine:
Haus- und Küchengeräte aller Art, Eisenfässer „Meva“ und „Exzelsior“, verzinkt. Geschirr, Oeler, Lagergefässe, Laternen, Lampen, Beleuchtungskörper, elektrotechn. Hartporzellan, eiserne Oefen usw.
Herbstmesse:
In der Maschinenhalle links.
Ständige Musterausstellung:
SMICHOV, DIVIŠOVÁ 1.

Kautschuk-Stampflieden
erzeugt schnell, gut und billig
Franz Chmel, Prag II., Nekázanka 18.

Für die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ in Prag werden für die deutschen Provinzstädte in der tschechoslowakischen Republik **tüchtige Inseratenvertreter** gegen Provision gesucht. Zuschriften nur von seriösen Bewerbern unter Chiffre „Tagblatt“ an die Verwaltung erwünscht.

BÖHMISCHE UNION-BANK
Eingezahltes Aktienkapital 120.000.000 K.
Reservefonds 64.900.000 K.
FILIALEN:
Asch, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Friedek-Mistek in Schlesien, Gablonz, Graslitz, Hohenelbe, Jägersdorf, Karlsbad, Königshof a. E., Mährisch-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Prossnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Troppau.
Telephon-Nr. 2006-2010, 6980-6984.
Kommandite in Wien: **ROSENFELD & Co.**
Durchführung aller bankgeschäftlicher Transaktionen.

Schreibmaschinen Bureaubedarf **SIBIAN & CO., PRAG II., Lucerna**
SMITH BROS. Vervielfältiger Telefon 9222.
Lieferanten d. Grosseinkaufsgesellsch. für Konsumvereine, Prag.